

2. Theoretische Grundlagen

Im Folgenden stellen wir die theoretischen Konzepte, auf die wir die Analyse unseres empirischen Materials aufbauen, ausführlicher dar. Wir gehen zunächst auf die Entwicklung der *Urban-Gardening*-Bewegung ein und skizzieren den aktuellen wissenschaftlichen Diskurs über dieses Phänomen (Kapitel 2.1). Daran anschließend erörtern wir unser Raumverständnis (Kapitel 2.2), indem wir Lefebvres raumtheoretisches Konzept und die Raumform *Place* mit dem zugehörigen Prozessbegriff *Place-Making* vorstellen. Anschließend gehen wir auf jene Aspekte der Neoliberalisierung des Städtischen ein, welche unser Verständnis von aktueller Stadtentwicklung im Kontext von *Urban-Gardening*-Projekten prägen (Kapitel 2.3).

2.1 Forschungsstand Urban Gardening

Urban Gardening ist in Deutschland in den vergangenen Jahren nicht nur von verschiedenen Medien aufgegriffen worden, das Phänomen wurde auch auf populärwissenschaftlicher beziehungsweise wissenschaftlicher Ebene gewürdigt. Grundsätzlich lässt sich jedoch feststellen, dass die deutschsprachige Forschungsliteratur¹² zu *Urban Gardening* wesentlich weniger umfangreich ist als die englischsprachige. Dies mag zum einen an den grundsätzlichen Unterschieden zwischen international geführten, englischsprachigen Wissenschaftsdiskursen, sowie den in ihrer Reichweite begrenzteren deutschsprachigen liegen und zum anderen an der Entstehungsgeschichte des *Urban Gardenings*. In Deutschland ist dieses Phänomen nämlich noch relativ neu¹³, wogegen in den USA,

¹² Im Folgenden wird auch jene Literatur miteinbezogen, die wir im Bezug auf *Urban Gardening* für aussagekräftig und relevant halten, auch wenn die Autor_innen sich auf den Begriff der *Urban Agriculture* oder – undifferenziert – sowohl auf den Begriff des *Urban Gardenings* als auch auf den der *Urban Agriculture* beziehen.

¹³ In Deutschland entstanden in den 1990er Jahren im Kontext der Integration von Geflüchteten aus Bosnien erste Interkulturelle Gärten. Die ‚neuen‘ *Urban-Gardening*-Projekte entstanden aber erst ab 2009. Als erstes etabliertes neues *Urban-Gardening*-Projekt in Deutschland sind hier die 2009 entstandenen Prinzessinnengärten in Berlin zu nennen, die sich selbst als „nomadisch, sozial, ökologisch und partizipativ“ verstehen (Müller 2011a: 37).

Großbritannien, Australien oder Kuba schon in den 1970er und 1980er Jahren verschiedene Formen des *Urban Gardenings* entstanden sind.

Anders als in den industrialisierten Großstädten des Globalen Nordens hat die urbane Landwirtschaft im Globalen Süden ihre Bedeutung für die Nahrungsmittelversorgung der städtischen Bevölkerung nie ganz verloren. Dennoch erfuhren die Städte des Globalen Südens in den 1970er und 1980er Jahren eine Renaissance der urbanen Landwirtschaft. Im wissenschaftlichen Diskurs werden vor allem die Gärten in Kuba hervorgehoben, die auf diesem Gebiet als weltweiter Vorreiter gelten. Der Staat unterstützt die Gärtner_innen dabei, eine nachhaltige Selbstversorgung in den Städten aufzubauen. Dabei stehen Gemeinschaft und Solidarität in den Projekten im Vordergrund. Über die Nahrungsmittelversorgung hinaus hat die Bewegung in Kuba den Anspruch, einen Gegenpol zu neoliberaler Wirtschaftspolitik zu bilden und den Weg in eine postfossile Zukunft zu gehen (Kälber 2011: 289).

Im Globalen Norden führten die Industrialisierung und die Urbanisierung Mitte des 19. Jahrhunderts dazu, dass die urbane Landwirtschaft, die bisher die alltägliche Nahrungsmittelversorgung in den Städten geregelt hatte, weitgehend verdrängt wurde. Der Zugang zu Grünflächen für die Selbstversorgung blieb aber weiterhin wichtig und stadtpolitisch präsent. Ein Überbleibsel dieser Praxis sind die urbanen Kleingärten¹⁴, die es auch heute noch gibt. In den Jahren des Wirtschaftswachstums nach dem Zweiten Weltkrieg verloren Gärten an Bedeutung für die Nahrungsversorgung auf stadtplanerischer Ebene. Die Landwirtschaft wurde zunehmend industrialisiert, sodass Stadtbewohner_innen Lebensmittel im Supermarkt sehr günstig einkaufen konnten und es ökonomisch nicht mehr sinnvoll war, Nahrungsmittel selbst anzubauen. Kleingärten wurden zu Naherholungsräumen für Kleinfamilien. Der Anbau von Obst und Gemüse beziehungsweise der Ertrag stand nicht länger im Vordergrund (Metzger 2014: 245).

¹⁴ „Nach Beginn des Ersten Weltkriegs verabschiedete der Bundesrat des Deutschen Reichs eine Verordnung, die den Verwaltungsbehörden das Recht auf Beschlagnahme von Land zusprach. Damit sollten Brachländer zur Intensivierung des Nahrungsmittelanbaus genutzt werden [...]: Die Behörde hegte Hoffnung, die gesamte Bevölkerung mittels Selbstversorgerlandwirtschaft in Kleingärten mit Gemüse versorgen zu können“ (Meyer-Renschhausen 2011: 323).

Urban Gardening ist heute ein Sammelbegriff für die unterschiedlichen Gartenformen im Globalen Norden, die sich im historischen Kontext von Selbstversorger_innen-Gärten, über Kleingärten mit unterschiedlicher Funktion bis hin zu den neuen *Urban-Gardening*-Projekten entwickelt haben. Letztere stehen in engem Zusammenhang mit aktuellen Urbanisierungsprozessen (Meyer-Renschhausen 2011: 319), auf die wir in Kapitel 2.3 näher eingehen.

Die Absichten der neuen *Urban-Gardening*-Bewegung lassen sich laut Metzger drei Themenbereichen zuordnen. Die Gärtner_innen beabsichtigen demnach: erstens ein anderes Verständnis von Stadt und Ökologie und, damit verbunden, die Überwindung der Dichotomie von Stadt und Natur zu vermitteln, zweitens einen Beitrag zur lokalen Ernährungssouveränität zu leisten und drittens eine Form der Partizipation, der urbanen Demokratie und der Möglichkeit zur Gestaltung öffentlicher Räume zu etablieren (Metzger 2014: 245f.). Wichtige Vorbilder sind dabei die *Community Gardens* in New York, wo sich mehrere zehntausend Gemeinschaftsgärtner_innen engagieren (ebd.: 245).

Für die Stadtentwicklung spielt diese partizipative und ökologische Freiraumnutzung eine immer größere Rolle. Die *Urban-Gardening*-Projekte passen sich dabei an die jeweilige Stadtstruktur an:

„in schrumpfenden Städten können Brachflächen durch urbane Gärten wieder in Nutzung genommen werden, in stark verdichteten Städten können so qualitative Verbesserungen der Grünversorgung erreicht werden“ (von der Haide 2014: 7).

Wie die Entwicklung der neuen Gärten in der Forschung aufgegriffen und reflektiert wird, wollen wir zunächst in einem Überblick über den Forschungsstand zu *Urban Gardening* in der deutschsprachigen Stadtforschung erörtern. Im Anschluss gehen wir dann auf die entsprechenden Beiträge in der englischsprachigen Forschung ein.

Neben dem ‚Standardwerk‘ *Urban Gardening – Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt* (Müller 2011a) gibt es in der deutschsprachigen Forschung zu *Urban Gardening* einzelne Arbeiten zu anderen Themenbereichen, als den in Müller (2011a) aufgegriffenen¹⁵: *Urban Gardening* und *Do-it-yourself* (Baier 2013),

¹⁵ In dem Sammelband *Urban Gardening – Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt* (Müller 2011a) werden vier Themenbereiche zu *Urban Gardening* jeweils unter unterschiedlichen Ge-

Urban Gardening und Partizipation (Rosol 2006), *Urban Gardening* und Ernährung beziehungsweise Politik des Essens (Drescher und Gerold 2010; Werner 2011; Lemke 2012), *Urban Gardening* und öffentlicher Raum (Müller 2011b; Rosol 2011; Exner und Schützenberger 2015), *Urban Gardening* und Recht auf Stadt (Mayer 2008), Gärten und Politik (Reimers 2010; Alkon und Mares 2012; Müller 2012), die soziokulturelle Bedeutung urbaner Landwirtschaft im Kontext des Klimawandels (Lemke 2009; Füllner und Templin 2011), Kleingartenwesen und neue Formen des Gärtnerns (Appel et al. 2011). Darüber hinaus existieren bislang hauptsächlich deskriptive Arbeiten beziehungsweise empirische Studien zu spezifischen *Urban-Gardening*-Projekten (Meyer-Renschhausen 2004; von der Haide 2007; Schweizer und Rosol 2012; von der Haide 2014).

Auch in der englischsprachigen Forschung wurde und wird *Urban Gardening* von ganz unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen aufgegriffen. In den Agrarwissenschaften, der Geographie, der Raum- und Landschaftsplanung, der Soziologie oder den *Urban Studies* stehen jeweils unterschiedliche Aspekte im Vordergrund: Nachhaltigkeit (Lang 2014), Ernährungssicherheit (Guthman 2008a; Guitart et al. 2012; Angotti 2015), *Environmental Justice* (Holt-Giménez und Wang 2011; Sbicca 2014; Reynolds 2015) oder *Alternative Food Networks* beziehungsweise *Local Food* (Alkon 2013; Pole und Gray 2013; Schnell 2013; Grunderson 2014). Untersucht werden außerdem der Beitrag von *Urban Gardening* zur Umwelterziehung (Bendt et al. 2013; Middle et al. 2014), zur Gesundheit (Wolch et al. 2014), zur Resilienz von Städten (Barthel et al. 2015) oder die verschiedenen Bedeutungen beziehungsweise diskursiven *Framings* von *Urban Gardening* (Drake und Lawson 2014; Ernwein 2014, Kurtz 2001).

Derzeit gibt es keine allgemeingültige Definition für *Urban Gardening*. Es ist zu erwarten, dass dies auch vorerst so bleiben wird, da das Feld sehr innovationsstark ist und auch weiterhin Entwicklungen und neue Ausprägungen zu erwarten sind (von der Haide 2014: 5). Wenn in dieser Arbeit von *Urban Gardening* die

sichtspunkten betrachtet: 1.) Zeitdiagnostische Beobachtungen zur Gesellschaft und ihren Gärten, 2.) Urbanität und Gärten sowie deren Verortung, 3.) Lebenswissenschaftliche Plädoyers zur Lebendigkeit des Gartens und 4.) Gärten als Räume von Subsistenz und Politik.

Rede ist, dann meinen wir damit Gemeinschaftsgärten im Sinne Marit Rosols (2006):

„Gemeinschaftsgärten sind gemeinschaftlich und durch freiwilliges Engagement geschaffene und betriebene Gärten, Grünanlagen und Parks mit Ausrichtung auf eine allgemeine Öffentlichkeit“ (Rosol 2006: 7).¹⁶

Der Begriff des Gemeinschaftsgartens bezieht sich auf die *Community Gardens* in New York. „Gemeinschaft“ verweist dabei auf „den kollektiven Charakter des Gartenbetriebs“ (ebd.). Eine wichtige Rolle in den Gemeinschaftsgärten spielt das bürgerschaftliche Engagement:

„freiwillig, nicht auf materiellen Gewinn gerichtet, gemeinwohlorientiert definiert, es findet im öffentlichen Raum statt und wird in der Regel gemeinschaftlich kollektiv ausgeübt“ (ebd.: 8).

Das Gärtnern in Gemeinschaftsgärten ist also gemeinschaftsorientiert und partizipativ. In den meisten Fällen werden die Gärten als Zwischennutzung angelegt und haben oftmals einen unsicheren Existenzstatus. Der bereits erwähnte Gemeinschaftsaspekt sowie der (halb-)öffentliche Zugang sind typisch für Gemeinschaftsgärten. Zudem werden die *Urban-Gardening*-Projekte als Begegnungs- und Lernorte initiiert. Hier soll die Nachbarschaft gezielt bei der Gestaltung des städtischen Sozialraums mitwirken können. Oftmals sollen sogenannte ‚Unorte‘ wiederentdeckt und zu Orten des Erlebens und des Begegnens werden (Müller 2012: 103). Dabei muss jedoch auch die Nähe zu neoliberalen Stadtentwicklungsstrategien thematisiert werden. Denn oftmals lässt sich die Praxis der Gemeinschaftsgärten – entgegen ihren eigenen Ansprüchen – durch ihre unternehmerische Organisation sowie durch ihre Marketingstrategien und die Privilegierung einzelner Milieus als neoliberal charakterisieren (Metzger 2014: 246). Nachdem wir einen Überblick über den Stand der Forschung zu *Urban Gardening* gegeben und das Phänomen näher charakterisiert haben, gehen wir im Folgenden auf die Kritik an der bisherigen Forschungsperspektive ein.

¹⁶ Im weiteren Sinne kann *Urban Gardening* neue und alte Formen von bürgerschaftlichem Gartenbau im Stadtbereich umfassen, etwa „Schul-, Kita-, Therapie-, Klein-, Mieter-, Kraut- und Dachgärten sowie bürgerschaftliche Park-, Baumscheiben-, Straßenbäume- und Biotoppflegeprojekte, öffentliche Streuobstwiesen und andere grüne Allmenden“ (von der Haide 2014: 5). Wie bereits erwähnt gehen wir in unserer Arbeit von einem engeren Verständnis von *Urban Gardening* aus.

2.1.1 Kritik an den aktuellen Forschungsperspektiven zu *Urban Gardening*

Obwohl die englischsprachige Literatur zu *Urban Gardening* umfangreich und von großer thematischer Vielfalt geprägt ist, monieren Wissenschaftler_innen verschiedener Disziplinen, dass die wissenschaftliche Reflexion dieses ‚neuen‘ urbanen Phänomens bisher auf zu unkritische Weise erfolgt (Classens 2014; McClintock 2014; Tornaghi 2014). Auf die von ihnen geäußerten Kritikpunkte soll im Folgenden ausführlicher eingegangen werden.

Nathan McClintock (2014) und Michael Classens (2014) attestieren der bisherigen Forschung im Bereich *Urban Gardening* einseitiges Schwarz-Weiß-Zeichnen: Auf der einen Seite würden die Autor_innen die positiven Folgen im Bereich der Ernährungssicherheit, der Nachhaltigkeit, der Auswirkungen auf die Gesundheit oder Ähnlichem überbewerten (z.B. Armstrong 2000; Fusco 2001; Kingsley und Townsend 2006; Schmelzkopf 1995); auf der anderen Seite würden sie aber zu einseitig kritisieren, dass *Urban Gardening* genau jene neoliberalen Politiken und Entwicklungen verstärkt, die es eigentlich adressieren möchte (z.B. Allen und Guthman 2006; Rosol 2006; Guthman 2008b; Holt-Giménez und Wang 2011; Alkon und Mares 2012).

Für Classens (2014) fußt diese Zweiteilung auf der irreführenden Grundannahme, Natur und Gesellschaft seien zwei getrennt voneinander zu denkende Sphären der Wirklichkeit. Die Übernahme dieser dualistischen Denkweise verhindere eine „careful consideration of the complicated dynamic continually unfolding between nature and society“ (Classens 2014: 230) und somit auch eine fruchtbare Auseinandersetzung mit *Urban Gardening*. Würde das ‚Natürliche‘ dann noch, wie in manchen Forschungsarbeiten der Fall, idealisiert – urbane Gärten als an sich gut, weil sie ‚die Natur‘ zurück in die Städte bringen (ebd.: 236) – sei es nicht mehr weit zu einem „perverse kind of antiurbanism“ (ebd.: 235), der das Gesellschaftliche beziehungsweise Städtische als defizitär verstehe. Diese Denkweise könne, so Classens, auch in einer Depolitisierung von *Urban Gardening* münden, weil diese Praxis so niemals als „viable, scalable option to counter the capitalist food system“ (ebd.: 236) gedacht würde, sondern nur als Rück-

zugsmöglichkeit von einer „too social world“ (ebd.) und als ein „antidote to the debilitating drudgery of urban life“ (ebd.: 234).

Classens kritisiert aber auch jene Forscher_innen, die *Urban Gardening* lediglich in Abhängigkeit von den dominanten Strukturen einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung untersuchten und dabei dem Handeln von menschlichen und nichtmenschlichen Akteur_innen nicht genügend Aufmerksamkeit beimäßen (ebd.: 35). Diejenigen Forscher_innen, die dem Phänomen *Urban Gardening* kritisch gegenüberstünden, ignorierten überdies häufig, dass „capital(ism) is continually stymied by nature“ (ebd.: 235).

Classens plädiert deshalb für eine umfassende, differenzierte Analyse von *Urban Gardening*, ausgehend von der Frage, „who is creating what kinds of socionatural configurations for whom“ (ebd.: 237). Eine solche Herangehensweise könne einseitige Positionen überwinden und aufzeigen, inwiefern die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse durch *Urban-Gardening*-Projekte sowohl in Frage gestellt, als auch bestätigt beziehungsweise fortgeschrieben werden können (ebd.).

Auch Nathan McClintock (2014) macht sich für einen differenzierteren Blick auf *Urban Gardening* stark. Für ihn sind diese neuen städtischen Praxen nicht entweder radikal oder neoliberal, sondern „both a form of actually existing neoliberalism and a simultaneous radical countermovement arising in dialectical tensions“ (McClintock 2014: 2). Diese Widersprüchlichkeit sei eine logische Folge der herrschenden kapitalistischen Verhältnisse, die *Urban Gardening* ermöglichen und gleichzeitig erschweren. Um diese widersprüchlichen Prozesse erstens zu identifizieren und zweitens nachzuvollziehen, ist seiner Meinung nach eine Analyse von *Urban Gardening* auf verschiedenen räumlichen *Scales*, „individual, organizational, neighborhood, city, regional, national, global“ (ebd.: 20), und auf verschiedenen zeitlichen Ebenen notwendig (ebd.). Nur so könne herausgearbeitet werden, was *Urban Gardening* tatsächlich auf verschiedenen Ebenen leisten könne und was nicht. Statt *Urban Gardening* mit Erwartungen zu überfrachten und es als „an end unto itself“ (ebd.) anzusehen, sollte diese Praxis als eines von vielen möglichen Mitteln im Kampf für eine gerechtere und nachhaltigere Nahrungsmittelversorgung angesehen werden (ebd.). Durch *Urban Garde-*

ning werde eine Diskussion über die Verbindungen zwischen Ernährung, Stadtplanung und Gesundheitswesen angestoßen, die wiederum zu Veränderungen in den dominanten Organisationsformen der Nahrungsmittelversorgung führen könne (ebd.).

Doch um wirklich jene Strukturen zu verändern, die erst zur Entstehung der urbanen Garten- beziehungsweise Landwirtschaftsbewegung geführt hätten, müsse *Urban Gardening* letztlich in ein „broader framework of justice and structural change“ (ebd.) eingebettet werden. Eine andere, gebrauchswertorientierte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung könne nicht allein durch *Urban Gardening* entstehen (ebd.).

Auch Chiara Tornaghi (2014) kritisiert, dass die Praxis von *Urban Gardening* allgemein als „benevolent and unproblematic“ (Tornaghi 2014: 552) angesehen wird. Laut Tornaghi würden mit Hilfe von *Urban Gardening* Fragen der Ernährungssicherheit, der Nachhaltigkeit und der Resilienz auf urbaner Ebene behandelt. Dabei fänden die „controversial and potentially unjust dynamics“ (ebd.), die mit dieser Praxis einhergehen, bisher kaum Beachtung. *Urban-Gardening*-Projekte böten zwar die Möglichkeit, neue Verbindungen zwischen Urbanität und Nahrungsmittelproduktion herzustellen. Sie dienten aber auch als neue Werkzeuge für Kapitalakkumulation und Wachstumspolitiken, für den Abbau von Sozialleistungen und die Privatisierung von öffentlichem Raum (ebd.: 553). Der Schlüssel zum Verständnis des Phänomens *Urban Gardening* liegt für Tornaghi (2014) deshalb in den gegenwärtigen Formen der Urbanisierung im Globalen Norden. Sie hält eine Neubewertung von *Urban Gardening* – wie sie auch von Classens (2014) und McClintock (2014) gefordert wird – deshalb für eine zentrale Aufgabe der kritischen geographischen Forschung. Diese habe das Phänomen *Urban Gardening* bisher aber kaum in den Blick genommen (Tornaghi 2014: 551). Tornaghi entwickelt deshalb, ausgehend von der bereits existierenden, multidisziplinären Literatur zu *Urban Gardening*, eine erste Forschungsagenda für eine kritische Geographie des *Urban Gardenings*. Deren Ziel solle es sein, *Urban-Gardening*-Initiativen in den Kontext spezifischer soziopolitischer Regimes einzubetten und sie in diesem Kontext zu untersuchen. Dabei solle darauf geachtet werden, welche Rolle sie

„in the reproduction of capitalism, in the transformation of urban metabolic processes, and in the discursive, political and physical production of new socio-environmental conditions“ (ebd.: 553)

spielten. Kritische Raumforschungsansätze, wie die von Henri Lefebvre, David Harvey oder Peter Marcuse, könnten zur Untersuchung jener Formen von Macht, Ausschluss, Ungerechtigkeit und Ungleichheit dienen, „that frame or that are potentially embedded into these place-making practices“ (ebd.). Es wäre durch eine solche Herangehensweise aber auch möglich, Alternativen innerhalb der Praxen von *Urban Gardening* aufzuzeigen und „the spatial opportunities for a radical remaking of the urban“ (ebd.) zu erkunden.

2.1.2 Kritische Urban-Gardening-Forschung

Erste Schritte in diese Richtung wurden bereits unternommen: Der Prozess der *Ecological Gentrification*¹⁷ steht zunehmend im Fokus kritischer geographischer Forschung (Dooling 2008, 2009; Quastel 2009; Holm 2011a) und wird auch im Zusammenhang mit *Urban Gardening* diskutiert (McClintock 2014; Wolch et al. 2014). Die Rolle von Partizipation, *Empowerment* und freiwilligem Engagement in *Urban-Gardening*-Projekten wird ebenso kritisch reflektiert (Rosol 2010, 2012; Eizenberg 2012a) wie das Formen von „citizen-subjects“ (Pudup 2008: 1228) durch *Urban Gardening* zum Zweck des städtischen Regierens (Pudup 2008; Staeheli 2008) oder *Urban Gardening* als Reaktion auf eine zunehmende Neoliberalisierung von städtischem Raum (Staeheli et al. 2002).

Auch Laura B. DeLind (2015) fragt nach den positiven und negativen sozialen Veränderungen, die durch *Urban Gardening* im Kontext neoliberaler gesellschaftlicher Entwicklungen angestoßen werden. Hierbei wird auch die Verbindung zu Lefebvres Gedanken zum „Recht auf die Stadt“ (Lefebvre 1968) hergestellt, explizit wie bei Schmelzkopf (2002) und Iveson (2013) oder implizit wie bei Zukin (2010). Efrat Eizenberg (2012b, 2013) greift Lefebvres (1974) dialektische Triade der Raumproduktion auf, um zu untersuchen, inwiefern *Green Urban Commons* alternative Räume und Erfahrungen innerhalb der neoliberalen

¹⁷ *Ecological Gentrification* bezeichnet die Verdrängung bestimmter Bevölkerungsgruppen durch Grünraum- beziehungsweise Nachhaltigkeitspolitiken (Holm 2014: 103) (vgl. Kapitel 2.3.8).

Stadt generieren können. Exner und Schützenberger (2015) untersuchen, inwiefern in Gemeinschaftsgärten differentieller Raum im Sinne Lefebvres geschaffen wird.

Dieser Überblick zeigt, wie viele Themenbereiche bereits mit *Urban Gardening* in Verbindung gebracht wurden. Diese Betrachtungsweisen können jedoch nicht auf alle *Urban-Gardening*-Projekte angewendet werden. Deutungsmuster müssen am jeweiligen Beispiel kritisch hinterfragt werden. Denn jedes Projekt wird durch die konkreten Aushandlungsprozesse der involvierten Akteur_innen beeinflusst (Scheve 2014: 8). Auch unsere Fallbeispiele, der *Frankfurter Garten* und der *Hafengarten Offenbach*, sind Orte, an denen Raum stetig neu verhandelt wird. Dabei spielen lokale Entwicklungen genauso eine Rolle wie globale Aspekte. Im Folgenden stellen wir dar, mit welchem theoretischen Fokus wir die Aushandlungsprozesse, die in den Projekten vonstattengehen, fassen wollen. Dazu erläutern wir zunächst die raumtheoretischen Grundlagen unserer Arbeit, um dann näher auf die jeweiligen Konzepte von Henri Lefebvre (vgl.: Kapitel 2.2.1-2.2.3.4) und Doreen Massey (vgl.: Kapitel 2.2.2-2.2.2.6) einzugehen.

2.2 Raumtheoretische Grundlagen

Seit dem *Spatial Turn* in den Sozial-, Geistes- und Kulturwissenschaften ist Raum in diesen Disziplinen zu einem zentralen Element des wissenschaftlichen Diskurses geworden. In den anglo- und frankophonen Diskussionen¹⁸ wurde diese ‚Wiederentdeckung‘ des Raums entscheidend beeinflusst durch Arbeiten aus der Tradition kritischer Raumforschung (Belina und Michel 2007: 7). An diese Tradition möchten wir anknüpfen und *Urban Gardening* – wie von Tornaghi (2014: 553) vorgeschlagen – aus dieser Forschungsperspektive untersuchen. Kritische Raumforschung begreift Raum als sozial hergestellt, als Produkt einer Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit (Belina und Michel 2007: 9) und somit als veränderbar. Sie grenzt sich damit von jenen Raumkonzepten ab, die Raum lediglich als etwas mental Konstruiertes verstehen, das nicht an ir-

¹⁸ Zum Mangel an Beiträgen aus dem Bereich der kritischen Raumforschung in deutschsprachigen Diskussionen vgl. Belina und Michel (2007: 7-34).

gendeine Form von Materialität gebunden ist (Belina 2013: 29-43). Räumliche Prozesse und Praktiken sind für die kritische Raumforschung immer nur im Konkreten, im Kontext sozialer Prozesse relevant (Belina und Michel 2007: 9). Sie sieht dabei aber nicht von der physischen Materialität ab.

Kritische Raumforschung geht außerdem davon aus, dass Gesellschaft im Kapitalismus von sozialen Konflikten und gesellschaftlichen Widersprüchen geprägt ist, von spezifischen Machtverhältnissen und divergierenden Interessen (Belina 2013: 84). Raumproduktionsprozesse sind also keine „harmonische Angelegenheit“ (Belina und Michel 2007: 9), sondern von Grund auf konflikthaft (ebd.). Kritische Raumforschung untersucht nicht nur, wie Räume – auf materieller und symbolischer Ebene – hergestellt und angeeignet werden, oder welche Raumkonzepte in Gesellschaften hegemonial werden (ebd. 8f.); sie beschäftigt sich ebenso mit den Möglichkeiten emanzipatorischer Praxis, die in den Produktionsprozessen bereits angelegt sind.

„Die Produktion von Raum kann als Mittel von Ausbeutung, Herrschaft, Kontrolle oder Unterdrückung strategisch eingesetzt werden, räumliche Strategien können aber auch seitens des Widerstands gegen diese Prozesse in Anschlag gebracht werden“ (Belina 2013: 85).

Aus diesem Blickwinkel schauen auch wir auf die urbane Praxis des *Urban Gardening*s. Wir loten aus, inwiefern durch sie – im Kontext konflikthafter Aus Handlungsprozesse – Räume hergestellt werden.

Als theoretische Bezugspunkte haben wir zum einen die raumtheoretischen Arbeiten Henri Lefebvres gewählt, von denen die kritische Raumforschung entscheidend beeinflusst wurde (Belina und Michel 2007: 7). Der Gedanke, Raum als gesellschaftliches Produkt zu verstehen, geht maßgeblich auf diesen marxistischen Sozialphilosophen zurück. Er formulierte bereits Anfang der 1970er Jahre: „L’espace (social) est un produit (social)“ (1974: xxi). In Zusammenhang mit seiner Suche „nach den Momenten und Orten des Konkreten im entfremdeten Leben im Kapitalismus“ (Belina 2013: 8) setzte er sich in den 1960er und 1970er Jahren intensiv mit den Zusammenhängen zwischen Alltagsleben, (Stadt-)Raum und Kapitalismus auseinander (Merrifield 1993: 522).

1974 veröffentlichte er *La production de l'espace*, das Merrifield als den Höhepunkt von Lefebvres „life-long intellectual project“ (ebd.) bezeichnet. Mit diesem Werk legte Lefebvre eine an die frühen Arbeiten von Marx anknüpfende Gesellschaftstheorie vor (ebd.: 523), mit der er die drei für ihn relevanten Dimensionen des Raums vereinigen wollte (ebd.): die physische, die mentale und die soziale (Lefebvre 1991: 11f.). Diese „conceptual triad“ (ebd.: 33) aus wahrgenommenem, konzipiertem und gelebtem Raum (Vogelpohl 2014a: 27) soll es ermöglichen, durch eine Analyse des Raums historisch situierte, gesellschaftliche Praxis zu verstehen (Lefebvre 1991: 38).

Zum anderen beziehen wir uns auf die feministische Geographin Doreen Massey¹⁹, die über 30 Jahre lang an einem relationalen Raumkonzept gearbeitet hat (Strüver 2014: 37). Zentral für sie war dabei der Aspekt der gesellschaftlichen Machtverhältnisse (zwischen sozialen Gruppen), die sie als *Power-Geometries of Space* bezeichnete (Massey 1991, 1993). Sie ging dabei über den „Aphorismus der Siebziger“ (Massey 2007: 116) – Raum als soziale Konstruktion – hinaus und betonte die „andere Seite der Medaille“ (ebd.): „dass das Soziale und Räumliche untrennbar sind und dass die räumliche Form kausal auf das Soziale einwirkt“ (ebd.: 117). Dieses „*Wechselverhältnis* zwischen Raum und Gesellschaftsstrukturen“ (Strüver 2014: 37) war für Massey zentral, weil es Möglichkeiten für eine Veränderung räumlicher Strukturen und somit für eine Politisierung von Raum eröffnete (Massey 2007: 117). Massey geht dabei wie Lefebvre davon aus, „dass Raum umkämpfter Effekt gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse ist“ (Strüver 2014: 37) und zwar „auf allen räumlichen Maßstabsebenen, von der lokalsten bis zur globalsten“ (Massey 2007: 127f.).

Dass sie die konkrete soziale Realität an konkreten Orten ernst nehmen, ohne dabei die Ebene des Globalen aus dem Blick zu verlieren, verbindet Lefebvre und Massey. Im Folgenden gehen wir kurz darauf ein, wie die beiden Autor_innen diese Verbindung zwischen dem Globalen und dem Lokalen jeweils herstellen.

¹⁹ „Lefebvre’s thinking also features centrally in the British tradition of social geography associated with Liz Bond, Stuart Elden and Doreen Massey“ (Vermeulen 2015: o.S.).

Mit Masseys Namen ist das Konzept des *Global Sense of Place* verbunden. 1991 formulierte sie, „wie *place*-spezifische subjektive Erfahrungen und Emotionen in globale Vernetzungen verschiedenster Art eingebunden sind und durch diese hervorgebracht werden“ (Belina et al. 2013a: 54). Sie entwickelte dieses Konzept in Abgrenzung vom *Place*-Begriff der klassischen regionalen Geographie, der die einzigartige Identität von *Places* und Regionen betonte und diese Einzigartigkeit über den Raum selbst begründete (Strüver 2014: 37). Diese Sicht auf *Places* kritisiert Massey als „self-enclosing and defensive“ (Massey 1991: 24). Sie plädiert stattdessen für ein radikal offenes *Place*-Konzept, einen „progressive sense of place“ (ebd.: 26), der den veränderten raum-zeitlichen Verhältnissen in einer (ungleich) globalisierten Welt gerecht wird; ein *Place*-Begriff, „which would be useful in what are, after all, political struggles often inevitably based on place“ (ebd.). Anstatt sich *Places* als klar abgrenzbare Raumausschnitte vorzustellen, sollte man sie sich, so Massey, vorstellen als

„articulated moments in networks of social relations and understandings, but where a large proportion of those relations, experiences and understandings are constructed on a far larger scale than what we happen to define for that moment as the place itself, whether that be a street, or a region or even a continent“ (ebd.: 28).

Diese Sichtweise erlaube es, so Massey, *Places* in ihrer Wechselbeziehung zum Globalen wahrzunehmen beziehungsweise das Lokale und das Globale auf positive Weise zu integrieren (ebd.). Sie betont, dass die Identitäten von *Places* – ebenso wie diejenigen von Individuen – vielfältig und wandelbar seien (ebd.), je nach Kontext der jeweiligen sozialen Praktiken (Belina et al. 2013a: 54). Jeder *Place* stellt für Massey einen einzigartigen Schnittpunkt im komplexen, den Globus umspannenden Geflecht sozialer Beziehungen dar (Massey 1991: 27).

Auch die von Lefebvre in *La production de l'espace* (1974) entwickelte Gesellschaftstheorie ermöglicht es, „Prozesse und Phänomene auf allen Maßstabsebenen, vom Privaten, über die Stadt bis zum Globus, abzubilden, zu erfassen und zu analysieren“ (Schmid 2005a: 9). Dabei macht Lefebvre in seiner dialektischen Triade besonders den gelebten Raum stark, also den Raum der Bewohner_innen

und Nutzer_innen (Lefebvre 1991: 39)²⁰, der körperlich erfahren und emotional angeeignet wird. Auch wenn Lefebvres Beschreibung des gelebten Raums an verschiedene Aspekte des *Place*-Begriffs erinnert, kommt das Wort *Place* in Lefebvres Werk nur selten – und dann auf wenig spezifische Weise – vor (Vermeulen 2015). Erst Andrew Merrifield (1993) hat diese Raumform aus Lefebvres Perspektive erschlossen. Er erklärt, *Place* sei im Sinne Lefebvres

„the terrain where basic social practices – consumption, enjoyment, traditions, self-identification, solidarity, social support and social reproduction etc. – are lived out. As a moment of capitalist space, place is where everyday life is situated“ (Merrifield 1993: 522).

Als ein Moment im Prozess der kapitalistischen Raumproduktion sei *Place* ein Ort, an dem sich alltägliche Routinen realisierten, weshalb man ihn als „*practiced space*“ (ebd.) bezeichnen könne. Merrifield betont, dass Raum und Ort in der Denktradition Lefebvres nicht getrennt voneinander zu betrachten seien, sondern nur als verschiedene, dialektisch aufeinander bezogene Aspekte einer Einheit, als „different ‚moments‘ of a contradictory and conflictual process“ (ebd.: 527).

Beide, Lefebvre und Massey, betonen, dass es bei der Untersuchung von *Space* und *Place* immer um die Analyse konkreter Sachverhalte gehen müsse, nicht einfach darum, „ritualistic connections to ‚the wider system‘“ herzustellen. Stattdessen gelte es, sich mit den „real relations with real content – economic, political, cultural – between any local place and the wider world in which it is set“ (Massey 1991: 28) zu beschäftigen, oder – wie es Lefebvre formuliert – in jedem einzelnen Fall zu untersuchen, wie soziale Beziehungen sich jeweils konkret durch räumliche Praxis realisieren (Lefebvre 1991: 404).

Die theoretischen Konzepte von Lefebvre und Massey liefern uns also eine sinnvolle Basis für unseren Untersuchungsgegenstand *Urban Gardening*, um konflikthafte Aushandlungsprozesse um urbanen Raum und die Wechselwirkungen

²⁰ „Mit Schmid (2005) gehen wir davon aus, dass auch die zum idealistischen neigenden Formulierungen zum gelebten Raum materialistisch und von der sozialen Praxis her zu denken sind“ (Belina et al. 2013a: 54). Diesem Verständnis von Lefebvres gelebtem Raum schließen sich die Autorinnen an.

zwischen lokal verankerten *Places* und globalen Prozessen zu untersuchen. Im Folgenden gehen wir detaillierter auf für uns relevante Aspekte der jeweiligen Konzepte von Lefebvre und Massey ein.

2.2.1 Lefebvre: Die Stadt in der Krise und das Recht auf die Stadt

Lefebvres philosophisches Projekt begann mit der Analyse des städtischen Alltagslebens im Kontext der sogenannten Krise der Stadt der 1960er und 1970er Jahre (Dutkowski 2012: 33). In Frankreich, wie auch in anderen westlichen Industrienationen, etablierte sich nach dem Zweiten Weltkrieg der Fordismus als Wirtschafts- und Gesellschaftsform, während gleichzeitig der Wohlfahrtsstaat keynesianischer Prägung ausgebaut wurde. In Verbindung „mit der Ausbreitung urbaner Gebiete und dem an einer funktionalen Logik orientierten Städtebau der Nachkriegszeit“ (Schmid 2005a: 10) veränderte sich die urbane Alltagswelt auf dramatische Weise: Das kleinteilige Gefüge der Stadt wurde aufgebrochen; um der hohen Migration aus ländlichen Gebieten gerecht zu werden, entstanden in den Vorstadtbezirken Trabantenstädte; die Innenstädte verödeten, die urbane Lebendigkeit ging verloren (Dutkowski 2012: 34). In seinem Essay *Le droit à la ville* (1968) analysierte Lefebvre die sozio-ökonomischen Faktoren dieser städtischen Veränderungen aus marxistischer Perspektive und übte Kritik an der Art und Weise, wie sich Urbanisierung vollzog. Die Stadt, die er als *œuvre*, als Werk, begreift, „is no longer lived and is no longer understood practically“ (Lefebvre 1996: 148). Die Folgen seien ein monotones, homogenisiertes und normiertes Alltagsleben (ebd.: 127) sowie wachsende Segregation (ebd.: 138-146). Das wichtigste Merkmal des Städtischen, die Eigenschaft der Zentralität als „the regrouping of differences in relation to each other“ (ebd.: 19), sei innerhalb der „Ordnung der funktionalisierten und bürokratisierten Städte“ (Schmid 2011: 26) verloren gegangen (Lefebvre 1996: 118f.). Die Bewohner_innen der neuen Trabantenstädte würden systematisch von städtischen Prozessen ausgeschlossen und verlören ihre Partizipationsmöglichkeiten.

Diese Krise der Stadt hatte aber auch direkte politische Folgen: Die Protestbewegungen der späten 1960er Jahre richteten sich nicht nur gegen die als imperialistisch wahrgenommene westliche Politik oder den Vietnamkrieg, sondern auch

„gegen den Verlust der städtischen Qualitäten“ (Schmid 2011: 26). Als Professor an der Universität von Nanterre²¹, von der die Maiunruhen von 1968 ausgingen, konnte Lefebvre beobachten, wie ein „negativ privilegierter Ort“ (Lefebvre 1969: 98) zum Ausgangspunkt urbaner Kämpfe für eine andere Gesellschaft wurde (Belina und Michel 2007: 14f.). In diesem Kontext entwickelte er seine berühmt gewordene Forderung nach einem „Recht auf die Stadt“ (Lefebvre 1968), also dem Recht aller Stadtbewohner_innen an allen Bereichen des städtischen Lebens teilzuhaben (Lefebvre 1996: 147f.) und „nicht in einen Raum abgedrängt zu werden, der bloß zum Zweck der Diskriminierung produziert wurde“ (Schmid 2011: 26):

„the right to the city is like a cry and a demand [...] The right to the city cannot be conceived of as a simple visiting right or as a return to traditional cities. It can only be formulated as a transformed and renewed right to urban life“ (Lefebvre 1996: 158).

2.2.2 Lefebvre: Die vollständige Urbanisierung der Gesellschaft

Die tiefergehende Auseinandersetzung mit den Fragen, was der urbane Raum und die urbane Gesellschaft sind und waren, was sie sein sollen und sein können, löste bei Lefebvre einen Perspektivwechsel aus: Im Zentrum der Analyse stand nun nicht mehr der Untersuchungsgegenstand Stadt als gegebenes Objekt, sondern die Urbanisierung, verstanden als Prozess (Schmid 2005a: 11). Das von ihm beobachtete Wuchern des städtischen Gewebes führte ihn in *La révolution urbaine* (1970) zu einer neuen Hypothese: der von der vollständigen Urbanisierung der Gesellschaft.²² Sie besagt, dass es mit den Kategorien ‚Stadt‘ und ‚Land‘ nicht mehr gelingt, die soziale Realität zu fassen (Schmid 2011: 30), da sich diese Kategorien nicht mehr auf eine bestimmte räumliche Morphologie reduzieren oder durch unterschiedliche Produktionsweisen erklären ließen. ‚Stadt‘ und ‚Land‘ entsprächen „keinem gesellschaftlichen Objekt mehr“ (Lefebvre 1972:

²¹ Nanterre war zu diesem Zeitpunkt ein Arbeiter_innenquartier am Rand von Paris, in dem zahlreiche Bauprojekte begonnen worden waren, in dem es aber noch keine adäquate Infrastruktur gab (Belina und Michel 2007: 14).

²² Für Lefebvre stellte die Industriegesellschaft noch nicht die vollständig urbanisierte Gesellschaft dar; für diese ist seiner Ansicht nach eine Revolution nötig. Diese nannte Lefebvre, in Anlehnung an den Begriff der Industriellen Revolution, „révolution urbaine“ (Lefebvre 1970).

65). Lefebvre fasst sie stattdessen als historische Konfigurationen auf, die sich durch den fortschreitenden Prozess der Urbanisierung auflösen. Der damit verbundene „epistemologische Wechsel“ (Schmid 2011: 30) sei fundamental und habe zu einem „radikalen Bruch mit dem traditionellen westlichen Verständnis der Stadt“ (ebd.) geführt, so Schmid. Bis zu Lefebvre sei die Stadt als Einheit angesehen worden, die sich auf einer spezifischen urbanen Lebensweise begründete und durch Merkmale wie Größe, Dichte oder Heterogenität bestimmt war (ebd.).²³ Lefebvre stellte diesen Definitionen von Stadt und Urbanität „eine langfristige Konzeption urbaner Transformation“ (ebd.) gegenüber. Für ihn war die Industrialisierung, mit der eine Konzentration von Produktionsmitteln und Arbeitskräften in Städten einhergeht, gleichbedeutend mit einer „Ausdehnung der industriellen Rationalität auf die gesamte Gesellschaft“ (ebd.: 31). Daraus folgerete er, dass Industrialisierung und Urbanisierung „eine hochkomplexe und konfliktgeladene Einheit“ (ebd.: 32) bilden und sich gegenseitig bedingen und verstärken (ebd.). Für Lefebvre bedeutete Urbanisierung zum einen „die Überformung und Kolonisierung der ländlichen Gebiete durch ein urbanes Gewebe“ (ebd.), zum anderen den Wandel der urbanen Form:

„This urban society cannot take shape conceptually until the end of a process during which the old urban forms, the end result of a series of *discontinuous* transformations, burst apart“ (Lefebvre 2003: 2).

Von dieser Feststellung ausgehend entwickelte Lefebvre drei Begriffe, die ausdrücken sollten, was das Städtische jenseits der spezifischen historischen Kategorie Stadt ausmacht (Lefebvre 1968, 1970). Die erste Eigenschaft von Städten war für Lefebvre die Mediation. Die Stadt fungiere als mittlere Ebene zwischen dem Privatem, dem Alltagsleben (Schmid 2011: 31f.) und dem Globalen beziehungsweise „dem Weltmarkt, dem Staat, dem Wissen, den Institutionen und den Ideologien“ (ebd.: 31). Als zweite Eigenschaft benannte er die Zentralität, die er nicht geographisch dachte, sondern als Gleichzeitigkeit von Menschen, Gütern

²³ Für die klassischen Definitionen von Urbanität wie etwa jene von Georg Simmel (1903) oder Louis Wirth (1938) war die Stadt immer eine klar abgrenzbare Einheit, die sich außerdem durch eine spezifisch urbane Lebensweise auszeichnete (Schmid 2011: 30).

und Tätigkeiten beziehungsweise als Möglichkeit ihres Aufeinandertreffens verstand, eine sowohl gedachte als auch realisierte Möglichkeit (ebd.: 32f.):

„Das Städtische definiert sich als der Ort, an dem die Menschen sich gegenseitig auf die Füße treten, [...] Situationen derart miteinander verwirren, dass unvorhergesehene Situationen entstehen“ (Lefebvre 1972: 46).

Die Differenz, also die „gleichzeitige Präsenz von ganz unterschiedlichen Welten und Wertvorstellungen, von ethnischen, kulturellen und sozialen Gruppen, Aktivitäten und Kenntnissen“ (ebd.: 33), die aufeinander Bezug nehmen und so produktiv werden, war für Lefebvre die dritte Charakteristik des Städtischen. Diese Begriffe ergänzten als „Recht auf Zentralität“ (ebd.: 144) und als „Recht auf Differenz“ (ebd.: 77) Lefebvres ältere Forderung nach dem „Recht auf die Stadt“, die mit seinem Abschied vom Begriff der Stadt problematisch geworden war (Schmid 2011: 34).

„Das Recht auf Zentralität steht für den Zugang zu den Orten des gesellschaftlichen Reichtums, der städtischen Infrastruktur und des Wissens. Das Recht auf Differenz deutet die Stadt als Ort des Zusammenkommens und der Auseinandersetzung“ (Holm 2011b: 90).

2.2.3 Lefebvre: Der Raumproduktionsprozess

Doch Lefebvre stellte fest, dass sich nicht alle Probleme der städtischen beziehungsweise gesellschaftlichen Wirklichkeit auf der Ebene des Urbanen beschreiben lassen. Um die Zusammenhänge zwischen Mediation, Zentralität und Differenz aufzuzeigen, suchte er deshalb nach einem „allgemeineren Begriff, der sie umfasst und auf einer übergeordneten Ebene abbildet“ (Schmid 2011: 35). Dies gelang ihm durch die Bezugnahme auf den Raum. Dieser Begriff ermöglichte es ihm, das Urbane auf eine gesamtgesellschaftliche Ebene zu heben, ohne dabei Alltag und Entfremdung – zwei zentrale theoretische Bezugspunkte in seinen früheren Arbeiten – aus den Augen zu verlieren (Belina und Michel 2007: 16). Die Grundannahme von *La production de l'espace* (1974) ist also, wie bereits

skizziert (vgl. Kapitel 1.2), die Annahme, dass der (soziale) Raum ein (soziales) Produkt ist (Lefebvre 1991: 26).²⁴

Lefebvre erweitert diese allgemeine Konzeptualisierung von Raum, indem er den Raumproduktionsprozess anbindet an eine bestimmte Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit (Vogelpohl 2014a: 27): „every society [...] produces a space, its own space“ (Lefebvre 1991: 31). Über eine Analyse des Raums zu einer Zeit x lassen sich also auch Aussagen über die Gesellschaft y zu dieser Zeit treffen (Vogelpohl 2014a: 27). Gleichzeitig lässt sich Raum nur aus der jeweiligen Gesellschaft heraus erschließen, aus der konkreten sozialen Praxis (Belina 2013: 24). Städte hatten zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine andere gesellschaftliche Bedeutung als in den 1960er Jahren, in denen städtischer Raum und städtischer Alltag nach funktionalen Prinzipien gegliedert wurden, oder als heutige Städte unter neoliberalen Bedingungen (Vogelpohl 2014: 27). (Städtischer) Raum ist für Lefebvre also ein gesellschaftliches Produkt, dessen Produktionsprozess sozialhistorisch situiert ist und das „ständig produziert und reproduziert“ (Schmid 2011: 39) wird. Raum ist

„the outcome of a sequence and set of operations, and thus cannot be reduced to the rank of a simple object. [...] Itself the outcome of past actions, social space is what permits fresh actions to occur, while suggesting others and prohibiting yet others“ (Lefebvre 1991: 73).

Für Lefebvre werden in diesem Raumproduktionsprozess „kulturelle, sprachliche, politische, soziale und ökonomische Aspekte“ (Schmid 2005a: 10) relevant. Diese spiegeln sich in den drei räumlichen Dimensionen, aus denen sich die von ihm vorgeschlagene dialektische Triade zusammensetzt (Lefebvre 1991: 38-40): die räumliche Praxis, die Repräsentationen des Raums und die Räume der Repräsentation beziehungsweise der wahrgenommene, der konzipierte und der gelebte Raum (Vogelpohl 2014a: 27).

²⁴ Raum interessierte Lefebvre aber nicht „als solcher, sondern als Mittel und Gegenstand von Akkumulation und Reproduktion“, so Belina und Michel (Belina und Michel 2007: 17). Lefebvre stellt in *La survie du capitalisme* (1973) fest, dass es dem Kapitalismus in den vergangenen hundert Jahren gelungen sei, seine inneren Widersprüche zu lösen oder zumindest abzumildern und so zu wachsen: „We cannot calculate at what price, but we do know the means: *by occupying space, by producing a space*“ (Lefebvre 1976: 21).

Diese Begriffe sind dialektisch²⁵ miteinander verbunden und jeweils doppelt bestimmt.²⁶ Im Folgenden werden die „three moments of social space“ (Lefebvre 1991: 40) vorgestellt.

2.2.3.1 Der wahrgenommene Raum oder die räumliche Praxis

Die Dimension des wahrgenommenen Raums fasst sowohl die physisch-materielle Basis des Raums, die gebaute Umwelt, als auch die Art und Weise, wie sie in der sozialen Praxis genutzt wird (Vogelpohl 2014a: 27). Sie steht also auch für das Erleben der sinnlich erfassbaren, materiellen Welt.²⁷ Über „Praktiken des alltäglichen Lebens“ (McCann 2007: 245) werden die einzelnen Elemente, aus denen Raum sich zusammensetzt, zu „einer Ordnung des Gleichzeitigen“ (Schmid 2011: 35) verbunden. Im physischen Zusammentreffen von Menschen, Gütern und Tätigkeiten überlagern und verknoten sich räumliche Routinen mit „Produktionsnetzwerken und Kommunikationskanälen“ (ebd.: 36). Durch diese Verbindung sozialer Netze des Alltagslebens entstehen „Orte der Begegnung und des Austausches, die offen sind für Überraschungen und Innovationen“ (ebd.). Beispiele hierfür sind Plätze oder Straßen, die entweder vorrangig dem Verkehr dienen oder auch als Treffpunkt beziehungsweise Ort für sportliche Betätigungen fungieren können. Die räumliche Praxis und die mit ihr verbundenen konkreten Praktiken bewegen sich dabei

„innerhalb der Grenzen des erdachten, abstrakten Raums der Planer/innen und Architekt/inn/en, während sie gleichzeitig die individuelle Wahrnehmung und den Ge-

²⁵ Lefebvres philosophischer Hintergrund war zwar die „deutsche Dialektik“ (Schmid 2005a: 15) von Hegel, Marx und Nietzsche, doch sein Verständnis von Dialektik unterschied sich von diesen Vorbildern. Er entwickelt es eng an der Praxis, denn für ihn dient das dialektische Prinzip nicht zur rationalistisch-systematischen Beweisführung, sondern dazu, mit einer „Dialektisierung“ der Zugriffe auf das Wirkliche“ (Guelf 2010: 189) aufzuzeigen, dass alles Wirkliche in einem offenen Spannungsverhältnis steht. Für ihn bedeutet Dialektik nicht die „Konstruktion eines in sich geschlossenen und rekonstruierbaren Gedankengebäudes, sie ist eine Denkmethode, um der Dynamik einer in sich auf Gegensätzen aufgebauten Entwicklung folgen zu können“ (ebd.: 219).

²⁶ „Diese doppelte Reihe von Begriffen weist auf einen zweifachen Zugang zum Raum hin: einerseits einen phänomenologischen, andererseits einen linguistischen bzw. semiotischen“ (Schmid 2011: 35).

²⁷ Sie entspricht gleichzeitig der Realisierung von Mediation, Zentralität und Differenz, die Lefebvre als Charakteristika des Städtischen herausgearbeitet hat (Schmid 2011: 35).

brauch von Raum formen, wie sie auch von diesem geformt werden“ (McCann 2007: 245).

Die räumliche Praxis steht für McCann als Mittlerin zwischen den beiden Dimensionen Repräsentationen von Raum und Räume der Repräsentation (ebd.: 244). Ein *Urban-Gardening*-Projekt ist aus diesem Blickwinkel „ein konkreter Ort mit identifizierbaren physischen Strukturen“ (Exner und Schützenberger 2015: 54), die sinnlich erfahrbar sind. Diese physisch wahrnehmbaren Garten-Strukturen sprechen bestimmte Personen als Nutzer_innen an, während sich gleichzeitig andere von der Nutzung eines *Urban-Gardening*-Projekts ausschließt (ebd.).

2.2.3.2 Der konzipierte Raum oder die Repräsentationen des Raums

Der konzipierte Raum entspricht den bewusst erzeugten Darstellungen von Raum und Räumen „durch Worte oder Abbildungen, aus denen auch Interessen ablesbar sind“ (Vogelpohl 2014a: 27). Die Wahrnehmung des Raums ist geprägt durch gedankliche Konzepte. Diese bilden die physische Materialität des Raums auf abstrakter Ebene ab. Als Repräsentationen definieren sie Raum – entsprechend der herrschenden gesellschaftlichen Konventionen, „die nicht unabänderlich sind, sondern oft umstritten und umkämpft, und die im diskursiven (politischen) Einsatz ausgehandelt werden“ (Schmid 2011: 37). Die Repräsentationen des Raums sind die „dominante Form“ (McCann 2007: 245) des sozialen Raums und die Grundlage für die Produktion von abstraktem Raum (ebd.). Fragen der Raumkonzeption sind also immer auch Machtfragen,

„sie sind direkt mit Regeln, Normen und Zwängen verbunden, die festlegen, wer und was im urbanen Raum zugelassen oder verboten ist, eingeschlossen oder ausgeschlossen wird“ (ebd.).

Der konzipierte Raum „bleibt immer abstrakt[,] da er *erdacht* statt gelebt ist.“ (ebd.: 244f.). Beispiele für Repräsentationen des Raums sind Stadt- und Bebauungspläne „oder städtische Leitbilder, die Stadtentwicklungsziele festlegen“ (Vogelpohl 2014a: 27). Auch bei der Analyse von *Urban-Gardening*-Projekten ist die Frage ihrer Konzeptualisierung relevant. So lässt sich offenlegen, mit

welchen strategischen Zielen Repräsentationen dieser neuen Räume erzeugt werden (Exner und Schützenberger 2015: 54).

2.2.3.3 *Der gelebte Raum oder die Räume der Repräsentation*

Die dritte von Lefebvre benannte Dimension, der gelebte Raum, ist Ausdruck „für den subjektiv imaginierten oder gefühlten Aspekt des Raumes“ (Vogelpohl 2014a: 27). Durch den Prozess der individuellen Bedeutungszuschreibung werden Räume symbolisch aufgeladen, wie es etwa durch Erinnerungen oder Träume geschieht, aber auch durch Kunstwerke oder künstlerische beziehungsweise philosophische Visionen.

„Das Erlebte, die praktische Erfahrung, lässt sich durch die theoretische Analyse nicht ausschöpfen. Es bleibt immer ein Mehr: ein unaussprechliches und unanalysierbares Residuum, das sich nur mit künstlerischen Mitteln ausdrücken lässt“ (Schmid 2011: 38).

Diese Raumdimension ist dem konkreten menschlichen Alltagsleben am nächsten. Lefebvre nennt sie deshalb auch gelebter Raum (ebd.). Was eine Stadt oder auch ein Park oder ein Garten ist, lernen Menschen durch „konkrete, praktische Erfahrung [...] von Kindheit an – und verbinden es auch mit ihren Erinnerung“ (ebd.), indem sie Räume nutzen, aneignen und gestalten.

Die Raumform Garten ist dabei symbolisch aufgeladen (Exner und Schützenberger 2015: 57). Gärten sind deshalb „primär Orte der Produktion von Bedeutungen, die in historisch veränderlicher Form ästhetisch kodiert sind“ (ebd.). Auch wenn *Urban Gardening* noch ein relativ junges Phänomen ist, ist die Garten-Symbolik auch für *Urban-Gardening*-Projekte bedeutsam, in denen neue Bedeutungen von Stadt, Natur und Urbanität geschaffen werden.²⁸

Diese drei Dimensionen stehen in einem dialektischen Verhältnis zueinander und sollten nicht isoliert voneinander betrachtet werden: „Dann ist der Raum weder das Gebäude noch das Leitbild noch die subjektive Erinnerung – sondern die Beziehungen zwischen diesen Dimensionen“ (Vogelpohl 2014a: 27). Erst im Zusammenspiel von wahrgenommenem, konzipiertem und gelebtem Raum wird

²⁸ Doch sobald „die Ertragsfunktion über die Bedeutungsproduktion zu dominieren beginnt, enden Begriff und Raum des Gartens“ (Exner und Schützenberger 2015: 57).

Raum produziert. Jede einzelne Dimension steht aber gleichzeitig in einem Wechselspiel mit den jeweils anderen. Lefebvres Raumkonzeption ist somit auf zweifache Weise dynamisch: Sobald es in den ‚Zweierbeziehungen‘ zu Veränderungen kommen, wandelt sich auch das aus den drei Dimensionen bestehende Gesamtprodukt Raum (ebd.). Lefebvre wollte mit der dialektischen Triade aber kein abstraktes Modell aufstellen, denn dann verlöre es seiner Meinung nach seine Aussagekraft:

„If it cannot grasp the concrete (as distinct from the ‚immediate‘), then its import is severely limited, amounting to no more than that of one ideological mediation among others“ (Lefebvre 1991: 40).

Lefebvres Raumkonzept ist in den vergangenen Jahren vermehrt als Grundlage für empirische Arbeiten entdeckt worden (Vogelpohl 2014a: 29).²⁹ Denn obwohl *La production de l'espace* (1974) „systematisch unsystematisch“ (Belina und Michel 2007: 17) verfasst ist, was die Textarbeit erschwert und verschiedene Lesarten möglich macht (ebd.)³⁰, bietet Lefebvres Gesellschaftstheorie vielfältige Anknüpfungsmöglichkeiten für empirische Arbeiten. Dadurch, dass Lefebvres triadische Dialektik kein strenges Analysemodell ist, dem man Schritt für Schritt folgen muss, können seine Gedanken als offene Inspirationsquelle dienen für eine Auseinandersetzung mit den Begriffen Raum, Alltag und Staat (Vogelpohl 2014a: 29).

2.2.3.4 Der abstrakte und der differentielle Raum

Lefebvre lieferte in *La production de l'espace* (1974) aber nicht nur „eine theoretisch-begriffliche Konzeption“ (Vogelpohl 2014a: 28), um historische und gegenwärtige Raumproduktionsprozesse zu analysieren. Er zeigte auch auf, wie

²⁹ Beispiele sind Schmidts Analyse der Schweiz anhand des Begriffs der Urbanisierung (Schmid 2005b) oder die Untersuchung der Alltagspraxis von Bewohner_innen der Stadt Dhaka (Bertuzzo 2009).

³⁰ Auch für Lefebvre selbst waren seine Hypothesen erst einmal nur eine strategische Arbeitsgrundlage, die er im Verlauf seiner Untersuchungen erst auf ihre Tauglichkeit testete (Schmid 2005a: 15): „we are concerned with nothing that even remotely resembles a system“ (Lefebvre 1991: 423). Er versuchte „die Kritik der Begriffe durch die Praxis, und die Kritik der Praxis durch die Begriffe“ (Schmid 2005a: 15). Aufgrund dieser minimalen Variationen eines einmal entwickelten Grundthemas verglich Edward Soja Lefebvres Arbeiten mit der musikalischen Form der Fuge (Soja 1996: 58).

sich eine alternative Raumproduktion „in einer nichtkapitalistischen, durchweg kollektiv gestaltbaren und individuell erlebbaren Gesellschaft“ (ebd.) vollziehen könnte. Mit dem Begriff der urbanisierten Gesellschaft³¹ entwarf er eine „konkrete Utopie“ (Schmid 2011: 34), die durch konkrete soziale Praxis hergestellt werden kann und mit der das Recht auf Zentralität und Differenz seine Verwirklichung findet. Sie kann also nicht definiert werden, als „an accomplished reality, situated behind the actual in time, but, on the contrary, as a horizon, an illuminating virtuality“ (Lefebvre 2003: 16f.).

Mit dem Begriff der urbanisierten Gesellschaft attackierte Lefebvre die „Produktion des Raumes durch den technokratischen, funktionalistischen Urbanismus der Moderne“ (Vogelpohl 2011: 236). Dieser hatte, so Lefebvres Beobachtung im Frankreich seiner Zeit, zu einer starken Standardisierung des Alltagslebens geführt, indem er „die Stadt in funktional spezialisierte Bereiche wie Wohngebieten, Büroviertel, Gewerbegebiete und Vororte zertrennt“ (ebd.: 235) habe. Lefebvres Hauptkritikpunkt ist dabei, dass Differenzen durch den Kapitalismus, aber auch durch staatliche Herrschaft und stadtplanerische Entscheidungen ausgelöscht werden (Vogelpohl 2014a: 28), was „mit dem Verlust an Selbstbestimmtheit, intensivem Leben und realen Erfahrungen einhergeht“ (ebd.). Lefebvre bezeichnet diesen auf Effektivität ausgerichteten Raum der industrialisierten Gesellschaft deshalb als abstrakten Raum (Vogelpohl 2011: 235). Dieser sei „homogenisiert entlang der gleichen wachstumsorientierten, betriebsartigen Produktionslogik, die die Produktion von Waren durch Arbeit und deren Konsumtion in Haushalt und Freizeit vorgibt“ (ebd.).

Durch die Trennung von Orten, Funktionen und Aktivitäten werde er zudem fragmentiert (ebd.). Die urbanisierte Gesellschaft stehe für eine andere Welt, die nicht mehr der gängigen Logik von Markt und Warentausch folge: „The urban is based on use value“ (Lefebvre 1996: 131).

Der abstrakte Raum soll, so das Kalkül der Mächtigen, die Grundlagen für die gesellschaftliche Ordnung schaffen, indem er einen Konsens über die ‚richtige‘

³¹ Schmid kritisiert die zum Teil irreführenden Übersetzungen der lefebvreschen Begriffe ins Deutsche: die „Revolution der Städte“ statt wie im Original die „urbane Revolution“ („révolution urbaine“) beziehungsweise „Verstädterung“ statt wie im Original „Urbanisierung“ („urbanisation“) (Schmid 2005a: 114).

Nutzung von Räumen herstellt. Dieser Konsens wird dadurch verstärkt, dass Bezug genommen wird auf die Idee vom Eigentum, deren Logik im Raum wirksam wird:

„places and things belonging to you do not belong to me“. The fact remains, however, that communal or shared spaces, the possession or consumption of which cannot be entirely privatized, continue to exist. Cafes, squares and monuments are cases in point“ (Lefebvre 1991: 56f.).

An diesen nicht vollständig privatisierten Orten liege die Chance für ein Aufbrechen der herrschenden Raumproduktionsprozesse und somit die Möglichkeit für die Realisierung der urbanisierten Gesellschaft, so Lefebvre. Denn sie böten die Chance für ein Aufeinandertreffen von Differenzen; an ihnen könne sich der differentielle Raum, den Lefebvre dem abstrakten entgegensetzt, entfalten:

„Thus, despite – or rather because of – its negativity, abstract space carries within itself the seeds of a new kind of space. I shall call that new space ‚differential space‘, because, inasmuch as abstract space tends towards homogeneity, towards the elimination of existing differences or peculiarities, a new space cannot be born (produced) unless it accentuates differences“ (ebd.: 52).

Dieser differentielle Raum würde „die soziale Basis eines verwandelten Alltagslebens bilden, das für die verschiedensten Möglichkeiten offen ist – für eine radikal andere Welt“ (Schmid 2011: 47). Diese könne, so Lefebvre, aber nur durch einen grundlegenden gesellschaftlichen Wandel, durch eine andere Produktionsweise und eine „revolution of space“ (Lefebvre 1991: 419) erreicht werden. Denn für Lefebvre ist klar: Eine soziale Revolution muss einhergehen mit neuen Raumstrukturen. Gelingt es ihr nicht, diese zu schaffen, sei sie als gescheitert anzusehen, „in that it has not changed life itself“ (ebd.: 54). Bereits Lefebvres ältere Formulierung vom Recht auf die Stadt bringt dieses Bedürfnis nach einem neuen, differentiellen Raum und einem veränderten Alltagsleben zum Ausdruck (Vogelpohl 2014a: 29); sie ist nicht umsonst zum Slogan zahlreicher urbaner Bewegungen geworden (Holm und Gebhardt 2011), auch wenn die Probleme in Städten heute andere sind als jene, die Lefebvre in den 1960er und 1970er Jahren beschrieben hat (Schmid 2011: 46f.).

Auch *Urban-Gardening*-Projekten wird im Zusammenhang mit dem Recht auf die Stadt emanzipatorisches Potential zugeschrieben (Exner und Schützenberger

2015: 51), sie gelten als „Ansatzpunkte für gesamtgesellschaftliche Veränderungen [...] und eine Neudefinition von öffentlichem Raum, der mehr Inklusion ermöglichen soll“ (ebd.). Ob durch sie aber tatsächlich eine Überwindung des abstrakten Raums möglich wird, lässt sich bisher nicht eindeutig beantworten (ebd.: 70).

„Denn der abstrakte Raum ist unter heutigen Bedingungen wesentlich auch ein Raum vielfältiger, viele Sinne ansprechender, atmosphärisch-anregender Repräsentationen geworden, die eine ‚Do-it-yourself‘-Ästhetik inkludieren“ (ebd.).

Statt in der Gestaltung von Raum gängige Marktmechanismen zu überwinden, könnten *Urban-Gardening*-Projekte auch zu einer „Kulturalisierung der Stadt“ (vgl. Reckwitz 2009, 2014) beitragen und sich in das gängige, stadtpolitisch verwertbare Kreativitätsdispositiv einfügen (Reckwitz 2014: 355), so Exner und Schützenberger (2015: 70).

Wir halten Lefebvres Auseinandersetzung mit den Themen Stadt, Gesellschaft und Raum für eine sinnvolle theoretische Basis, um das Phänomen *Urban Gardening* zu untersuchen. Denn durch seinen Zugriff auf soziale und räumliche Wirklichkeit wird die Frage nach der Veränderbarkeit von Stadt und Gesellschaft wach gehalten (Vogelpohl 2013a: 30). Wir nutzen Lefebvres Konzept der Produktion des Raums (Lefebvre 1974) aber nicht nur dazu, die urbanen Räume zu beschreiben, die in unseren Fallbeispielen *Frankfurter Garten* und *Hafengarten Offenbach* hergestellt werden. Wir beschäftigen uns auch damit, welche Veränderungen der herrschenden sozialen Verhältnisse durch die Praxis des *Urban Gardenings* möglich sind, welche „windows of opportunity“ (Tornaghi 2014: 564) sich durch die Projekte öffnen und inwiefern in ihnen differentieller Raum im Sinne Lefebvres geschaffen wird.

2.2.4 Place und Place-Making

„Urbanes Gärtnern, zumeist soziales Gärtnern, ist partizipativ und gemeinschaftsorientiert; der Garten wird als Lern- und Begegnungsort inszeniert und die Nachbarschaft in die Gestaltung des städtischen Sozialraums einbezogen. Häufig werden so aus vernachlässigten ‚Nicht-Orten‘ wieder Gegenden, in denen Menschen sich begegnen und Gemeinsamkeiten entdecken“ (Müller 2012: 103).

Im Zusammenhang mit *Urban-Gardening*-Projekte ist oft – wie hier bei Müller – von besonderen Orten die Rede. Um diese Orte auf wissenschaftlicher Ebene zu fassen, hat sich in der Humangeographie das *Place*-Konzept als Raumform etabliert³², um „emotionale, ästhetische und erfahrungsbezogene Aspekte des Raums stärker zu berücksichtigen“ (Vogelpohl 2014b: 61). Diese erste Definition von *Place* wurde in den folgenden Jahren von verschiedenen Geograph_innen weiterentwickelt beziehungsweise kritisiert. Ein trennscharfes Konzept für *Place* gibt es in der Humangeographie bis heute nicht; je nach ihrer inhaltlichen Ausrichtung greifen Wissenschaftler_innen auf jeweils unterschiedliche *Place*-Konzepte zurück.

Im Folgenden erläutern wir kurz die Entwicklung des *Place*-Konzepts in der Humangeographie. Daran anschließend führen wir den Prozessbegriff *Place-Making* ein und beleuchten *Place* und *Place-Making* im Kontext von Globalisierung. Wir stellen das *Place*-Konzept aus einer marxistischen Perspektive vor und erörtern Doreen Masseys Kritik an dieser. Daran anknüpfend liegt unser Augenmerk auf der Arbeit von Massey zum Thema *Place* und *Place-Making*. Hier gehen wir näher ein auf das Verhältnis von *Place* und Identität, sowie auf das Verhältnis zwischen Globalem und Lokalem. Abschließend geben wir einen Ausblick auf die Anwendung des *Place*-Konzepts in der Quartiersforschung, die für unseren Forschungsgegenstand *Urban Gardening* besonders relevant ist.

2.2.4.1 Das *Place*-Konzept in der Humangeographie

In den 1960er Jahren wurden Räume in der Geographie vorrangig als Container-räume verstanden, als klar voneinander abgrenzbare Gebiete, die als solche erkennbar und messbar sind. Als Kritik an diesem positivistischen Ansatz entstand in den 1970er Jahren in der humanistischen Geographie das *Place*-Konzept (Vogelpohl 2014b: 62). An der Entwicklung des Konzepts waren neben Yi-Fu Tuan (1977) vor allem Edward Relph (1976) sowie Anne Buttimer und David Seamon

³² Die Schwierigkeit, den Begriff zu definieren, beschreibt Friedmann folgendermaßen: „It is difficult to take a word such as place, which is in everyday use and applied in all sorts of ways, and turn it into a concept that has a precise and operational meaning“ (Friedmann 2010: 152).

(1980) beteiligt. Sie verstanden *Places* als „konkrete Orte, die durch individuelle Erfahrungen und Emotionen sowie durch ihre Authentizität bestimmt sind“ (Belina et al. 2013a: 53). Individuelle Assoziationen und Erfahrungen sowie emotionale und ästhetische Aspekte des Raums rückten in den Vordergrund. Um der Subjektivität als Bestandteil der Wahrnehmung und des Umgangs mit Raum Ausdruck zu verleihen, führte Tuan (1977) den Begriff *Sense of Place* ein – *Place* definierte er als einen für das Individuum bedeutungsvollen Ort (Vogelpohl 2014b: 62). *Urban-Gardening-Projekte* können als *Places* verstanden werden, weil sie für die Akteur_innen solche bedeutungsvollen Orte darstellen (vgl.: Kapitel 5.2).

In den 1980er Jahren wurde das *Place*-Konzept um eine zeitliche Dimension erweitert (Pred 1984; Agnew 1987; Entrikin 1991) „mit [dem] Ziel, das subjektive Erleben eines Orte[s] stärker materiell und sozial zu kontextualisieren“ (Vogelpohl 2014b: 62). In den 1990er Jahren standen bei der Betrachtung von Raum soziale Prozesse im Vordergrund, was sich auch auf das *Place*-Konzept auswirkte. Grund dafür war vor allem die Debatte um den Sozialkonstruktivismus, also die Vorstellung, dass Räume sozial konstruiert werden und damit räumliche Veränderungen als gesellschaftlich produziert zu verstehen sind. Räume als Produkt und Ursache sozialer Prozesse sind somit Gegenstand alltäglicher und politischer Auseinandersetzungen. Die rein individuelle Betrachtungsweise von *Place* wurde „um die Berücksichtigung unterschiedlicher Zeiten, physischer Materialität und sozialer wie politischer Praktiken erweitert“ (ebd.).

Denn für die Kritiker_innen des humanistischen *Place*-Konzepts stand fest: Über das Individuum hinaus ist es zunächst nicht weiter relevant, welche Bedeutung individuelle Akteur_innen *Places* zuschreiben. „Gesellschaftlich relevant werden *Places* nur, wenn aus ihnen etwas folgt, wenn also Menschen aufgrund ihrer *Place*-Konstruktion tätig werden“ (Belina 2013: 109). Dies kann geschehen, wenn ein *Place* für mehrere Menschen eine ähnliche Bedeutung hat und deshalb ihr Handeln strukturiert, so Belina. *Places* könnten dann zur politischen Mobilisierung dienen (ebd.). So kann etwa das Engagement in einem *Urban-Gardening-Projekt* zur politischen Mobilisierung beitragen. Die Projekte werden häufig *bottom-up* organisiert, Entscheidungen werden oft basisdemokratisch

getroffen. Das Wohnumfeld wird aktiv mitgestaltet und dabei kann Einfluss auf das politische kommunale System genommen werden (Rosol 2011: 208).

2.2.4.2 *Place-Making als Prozessbegriff*

An dieses jüngere *Place*-Konzept knüpft die „*production of place*-Literatur der kritischen Geographie“ (Belina et al. 2013a: 50) an, auf die wir in unserer Arbeit Bezug nehmen wollen. Sie betont, dass Raum und somit auch *Places* nicht einfach ‚da‘ sind, sondern dass sie in gesellschaftlichen Prozessen hergestellt werden. Diese *Place*-Produktionsprozesse – „the construction of place by a variety of different actors and means, which may be discursive and political, but also small-scale, spatial, social and cultural“ (Lombard 2014: 5) – werden als *Place-Making* bezeichnet.

Um das Verhältnis von *Place* und *Place-Making* auf theoretischer Ebene zu fassen, schlägt Belina (2013) folgende Begrifflichkeiten vor: *Place* ist für ihn eine Raumform. Durch die Bestimmung von Raumformen könne systematisiert werden, wie das Räumliche in der sozialen Praxis jeweils vorkomme und strategisch genutzt werde. Für Belina setzen sich Raumformen aus zwei Komponenten zusammen: einem Raumbegriff und einem Prozessbegriff. Für die Raumform *Place* bedeutet das: Ein *Place* ist das jeweils vorläufige Ergebnis von *Place-Making*-Prozessen, durch die ein konkreter Ort konstruiert wird. Die Identität dieses *Places* wird dabei durch die verschiedenen beteiligten Akteur_innen beständig neu ausgehandelt.

Der Raumbegriff *Place* ist also keine „leere Vorstellung“ (Belina 2013: 25): Der dazugehörige Prozessbegriff *Place-Making* benennt konkret die soziale Praxis und die Prozesse, in denen die Raumform *Place* produziert und damit praktisch erfüllt wird (ebd.). Diese Doppelstruktur gelte auch für andere Raumformen wie *Scale*, Territorium oder Netzwerk, so Belina: „Zu jedem dieser Raumbegriffe gehört wesentlich ein Prozessbegriff, der die Raumform in Beziehung zur sozia-

len Praxis setzt, in der er relevant wird“ (ebd.: 86).³³ In dieser Arbeit sprechen wir von *Place* als Raumbegriff und von *Place-Making* als Prozessbegriff.

Im Folgenden wollen wir *Place* im Kontext von Globalisierungsprozessen betrachten. Bevor wir anschließend intensiver auf Doreen Masseys Arbeiten zu *Place* eingehen, möchten wir kurz David Harveys *Place*-Konzept skizzieren, da Massey auf seine marxistische Konzeptualisierung von *Place* Bezug nimmt.

2.2.4.3 *Place und Place-Making im Kontext von Globalisierung*

Seit den späten 1970er Jahren begannen sich jene Prozesse globaler sozialer und ökonomischer Integration zu intensivieren, die später mit dem Schlagwort „Globalisierung“ gefasst wurden (Sparke 2009: 309). Dieses „big buzzword“ (ebd.: 308) spielte schnell eine zentrale Rolle in politischen und wissenschaftlichen Debatten (ebd.). Die damit einhergehende Reorganisation weltweiter sozioökonomischer Verhältnisse wurde ab den späten 1980er Jahren von Stadtforscher_innen untersucht. In diesem Zusammenhang prägte der britische Geograph David Harvey den Begriff der *Time-Space Compression* (1989). Dieser beschreibt, „dass Entfernungen und Zeitdifferenzen nicht länger die maßgeblichen Bedingungen sind, die menschliche Aktivitäten oder Beziehungen prägen“ (Wildner 2012: 214). Durch neue Informationssysteme, Herstellungsverfahren und Mobilitätsmöglichkeiten bilden sich „über räumliche und zeitliche Distanzen hinweg soziale und ökonomische Netzwerke“ (ebd.).

Mit diesem Globalisierungsdiskurs entstand aber auch eine andere Debatte: die um Prozesse der „Deterritorialisierung“ und der „Auflösung des Raums“ (Steets 2007: 82). Autor_innen wie Manuel Castells (2001) oder Paul Virilio (2006) sprechen davon, dass geographische Dimensionen durch Prozesse der Globalisierung an Bedeutung verlieren. Der Stellenwert von Orten würde zurücktreten

³³ Unterschiedliche Raumformen können in sozialen Praxen und Prozessen gleichzeitig vorkommen. Zum Beispiel gibt es territoriale *Places*. Trotzdem ist laut Belina die Unterscheidung in unterschiedliche Raumformen sinnvoll, da diese Unterschiedliches leisten und den jeweiligen Prozessbegriffen unterschiedliche Strategien zugeordnet werden können (vgl.: Belina 2013: 25, 114).

hinter ihrer Position im netzwerkartigen „Raum der Ströme“ (Castells 2001: 431), so Castells. Der Soziologe Helmuth Berking hinterfragt diese Argumentationsweise: Mit den Prozessen der Globalisierung würde sich zwar die Konfiguration sozialräumlicher Maßstäbe verändern; Orte und Räume würden deshalb aber nicht an Signifikanz verlieren (Berking 1998: 390). Denn auch in Zeiten der Globalisierung lebe niemand „in der Welt im Allgemeinen“, stellt Berking in Bezug auf Geertz (Geertz 1996: 262) fest. Gleichzeitig macht er deutlich, dass globalisierungsbedingt ein neues Verständnis von Lokalität notwendig ist, eines das einen Ortsbegriff voraussetzt, der nicht davon ausgeht, dass lokale Kulturen „territorial fixiert, kulturell homogen und territorial erdräumlich verwurzelt“ (Steets 2007: 87) sind. Er nimmt dabei Bezug auf die britische Geographin Doreen Massey und ihr „radikal plurales und dynamisches Raumkonzept“ (ebd.). Massey hinterfragt sowohl das Globalisierungsnarrativ als auch die gängigen, ökonomisch ausgerichteten Erklärungen für Globalisierung:

„It is capitalism and its developments which are argued to determine our understanding and our experience of space. But surely this is insufficient. Among the many other things which clearly influence that experience, there are, for instance, ‚race‘ and gender“ (Massey 1994: 147).

Time-Space Compression wirke zwar auf die Gesellschaft ein. Doch nicht alle würden dieses Phänomen an allen Orten auf die gleiche Weise erfahren. Deshalb müsse immer gefragt werden, wer aus welchem Grund *Time-Space Compression* erfahre, wer von *Time-Space Compression* profitiere beziehungsweise darunter leide (ebd.). Um Lokalität im Kontext von Globalisierung zu fassen, fragt Massey deshalb:

„Can’t we rethink our sense of place? Is it not possible for a sense of place to be progressive, not self-closing and defensive, but outward-looking? A sense of place which is adequate to this era of time-space compression?“ (ebd.).

Um zu verdeutlichen, was Massey an marxistischen Perspektiven auf Globalisierung und *Place* kritisiert, gehen wir kurz auf diese ein.

2.2.4.4 *Place aus marxistischer Perspektive und Masseys Kritik*

Marxistisch argumentierende Raumtheoretiker_innen wie Harvey stellen den Zusammenhang von Gesellschaftsstruktur und Raumproduktion in den Vordergrund. Laut Harvey verliert das Lokale an Bedeutung, da es die globalen Finanzsysteme sind, die durch kulturelle Implikationen das Handeln an Orten und die Produktion dieser Orte bestimmen (Cresswell 2004: 58). Harvey argumentiert, dass Anforderungen an die lokale, regionale oder nationale Identität – beispielsweise von Seiten der Stadtpolitik – angesichts ökonomischer Globalisierung steigen (Belina 2013: 114). *Place* gewinnt als Triebwerk zur politischen Mobilisierung also an Bedeutung: „It does mean that the meaning of place has changed in social life and in certain respects the effect has been to make place more rather than less important“ (Harvey 1996: 297). Grund dafür sei die zunehmende ökonomische Globalisierung, die zu einem Konkurrenzdenken und einem Wettbewerb zwischen Städten führe. Da Investitionen durch Deregulierung von Handel und Finanzmarkt sowie durch neue Transport- und Kommunikationstechnologien flexibel getätigt werden könnten, gewönnen lokale, regionale und nationale Merkmale an Bedeutung, denn bereits kleine räumliche Unterschiede könnten im Wettbewerb entscheidend sein (Belina 2013: 114). Um neoliberale Politiken beispielsweise auf städtischer Ebene umsetzen zu können, werde von Seiten der Stadtpolitik an die individuelle Bindung der Bevölkerung zu ihren *Places* appelliert.

Urban-Gardening-Projekte können in diesem Zusammenhang „zur Schließung von Lücken im Sozialsystem instrumentalisiert werden und damit lediglich eine Selbstverwaltung in der Prekarität bedeuten“ (Rosol 2011: 208). Denn durch die Identifikation mit dem jeweiligen *Place* seien Menschen eher bereit, auch schwere finanzielle Einschnitte zugunsten ihres *Places* zu akzeptieren (Belina 2013: 115). *Place-Making* finde daher, so Harvey, vor allem im Rahmen ökonomischer Globalisierung statt, mit dem Ziel, im weltweiten Wettbewerb zu bestehen. Für ihn ist *Place-Making* deshalb in erster Linie eine Konkurrenz- und Exklusionsstrategie:

„People in place therefore try to differentiate their place from other places and become more competitive (and perhaps antagonistic and exclusionary with respect to

each other) in order to capture or retain capital investment. Within this process, the selling of place, using all the artifices of advertising and image construction that can be mustered has become of considerable importance" (Harvey 1996: 298).

Harvey warnt in diesem Zusammenhang davor, sich von stadtpolitischen *Place-Making*-Strategien instrumentalisieren zu lassen (Belina 2013: 116). Gruppierungen, die sich auf solche zu politischen Zwecken konstruierten *Places* gründeten, grenzten meist andere Gruppen aus: diejenigen, die nicht als zum *Place* gehörend angesehen werden, würden exkludiert. Gleichzeitig werden innerhalb des *Places* diejenigen ausgeschlossen, die beim *Place-Making* nicht der Standortpolitik entsprechen wollen (ebd.). Auch *Urban-Gardening*-Projekte als *Places* können exkludierend wirken und andere Nutzer_innen verdrängen (Rosol 2011: 208).

Massey kritisiert in ihrem Werk *A Global Sense of Place* (1991) „Harveys Fixierung auf die ökonomische Funktion des *Place-Making*“ (Belina 2013: 116). Sie wirft Harvey vor, er beurteile *Places* nur als Strategie und verlöre dabei aus den Augen, dass beim *Place-Making* auch individuelle Empfindungen eine wichtige Rolle spielen. Grundsätzlich bestimmen Harvey und Massey *Place* aber ähnlich. Sie haben ein relationales Raumverständnis, das „*Place* als Mittel, Resultat und Voraussetzung sozialer Praxis begreift und vor Exklusion durch und Instrumentalisierung abgegrenzter *Places* warnt“ (ebd.: 120). Harvey betont dabei die Dauerhaftigkeit von *Place*. Massey stellt dagegen die Prozesshaftigkeit von *Place* in den Vordergrund (ebd.). Im Gegensatz zu Harvey weist Massey auf die Bedeutung des Lokalen hin. Sie geht davon aus, dass sich das Globale und das Lokale gegenseitig konstituieren. Eine wichtige Rolle spielt für sie dabei die Analyse der Verflechtungszusammenhänge (Steets 2007: 97). Im Folgenden greifen wir diesen Punkt auf und gehen auf die wichtigsten Aspekte des *Place*-Konzepts nach Massey ein.

2.2.4.5 *Place und Place-Making nach Massey*

Für ein relationales Raumverständnis ist die Offenheit und Wechselbeziehung der Raumproduktion essentiell. In der Humangeographie hat Massey dieses

Raumverständnis entscheidend geprägt, denn sie hebt die Verflechtung von Raum, *Place* und Zeit hervor (Scheve 2014: 15). Für Massey gilt: „Raum ist weder statisch noch ist Zeit raumlos“ (Massey 2007: 127), da Raum als ein Moment der Verknüpfung unterschiedlicher sozialer Beziehungen zu begreifen ist und nicht als absolute Dimension. Im Fokus des Denkens müsse deshalb das Ineinandergreifen von Zeit und von dynamischen, sozialen Beziehungen stehen (ebd.: 128). Diese Vorstellung von Raum und Zeit wirkt sich auch auf das Verständnis von *Place* aus, denn Raum, Zeit und *Place* müssen dann immer zusammengedacht werden. Die ausschließenden Vorstellungen „von Raum als abstrakt, modern und global, und Ort als gelebt, traditionell und lokal“ (Scheve 2014: 15) müssen überwunden werden. *Places* sind für Massey Produkte sozialer Beziehungen im Kontext von Geschichte. Diese befänden sich in ständigem Wandel, besäßen keine kollektive Identität und keine statischen Grenzen. Stattdessen stellt Massey fest:

„Place can be seen as a particular, unique, point of intersection [...] instead then of thinking of places as areas with boundaries around they can be imagined as articulated moments in networks of social relations and understandings“ (Massey 1994: 154).

Ein *Place* steht dabei mit anderen *Places* im Verhältnis und beinhaltet vielfältige Bedeutungen. Denn unterschiedliche soziale Gruppen können in einem *Place* unterschiedliche Positionen im Sinne der räumlichen Organisation ihrer sozialen Beziehungen einnehmen und offene Netzwerke bilden: „This is place as open, porous, hybrid – this is place as meeting place“ (Massey 1999: 22). Aus sozialen Beziehungen entstanden, ist *Place* in diesem Sinne immer mit Macht und Symbolen gefüllt: „class, gender and race have so often been treated as if they happened on the head of a pin. Well they don’t – they happen in space and place“ (Cresswell 2004: 27).

Raum ist also ein komplexes Netz aus Herrschaftsverhältnissen und Unterwerfungen sowie aus Solidarität und Kooperation. Die entstehende Ungleichheit, die mit zunehmender Globalisierung auf lokaler und globaler Ebene einhergeht, nennt Massey *Power-Geometry* (Massey 2007: 128). Diese *Power-Geometry* ist auch Ausdruck – und damit zugleich Ursache – dafür, wie Gruppen und Individuen sich in den offenen Netzwerken positionieren. Hierbei geht es vor allem um

Macht im Verhältnis zu Mobilitätsmöglichkeiten. Einige sind von dieser *Power-Geometry* stärker beeinflusst als andere, manche sind sogar davon eingeschlossen (Massey 1993: 61). Durch diese *Power-Geometries* kann das Empfinden von *Places* für Menschen, auch wenn sie sich am selben *Place* befinden, sehr unterschiedlich sein. Dabei kann ein *Place* für manche Gruppen auf Grund der *Power-Geometries* viel durchlässiger sein als für andere (Moores 2006: 195).

2.2.4.5.1 Massey: Das Globale und das Lokale

Lokalität ist für Massey nicht ohne das Globale zu denken:

„Wenn wir das so oft zitierte Mantra ernst nehmen, dass sich das Lokale und das Globale ‚gegenseitig konstituieren‘, dann sind lokale Orte *nicht* einfach ‚Opfer‘ und nicht einmal nur Produkte des Globalen. Im Gegenteil: sie sind auch die Momente, durch die das Globale konstituiert wird, das heißt, es gibt nicht nur globale Konstruktionen des ‚Lokalen‘ sondern auch lokale Konstruktionen des ‚Globalen‘“ (Massey 2006: 29).

Places umfassen im Sinne Masseys deshalb nicht nur lokale Prozesse, sondern stehen in Relation zu globalen und politischen Kräfteverhältnissen. Massey nennt dieses Beziehungsgeflecht *Global Sense of Place* (Massey 1991): Bei vielen Gruppen, die sich mit einem *Place* verbunden fühlten, wirke eine Fülle von Einflüssen, welche die jeweiligen Interaktionen vor Ort präge. Diese Interaktionen unterschieden sich außerdem in ihrer räumlichen und zeitlichen Herkunft und Reichweite stark voneinander. In *Urban-Gardening*-Projekten werden beispielsweise sowohl Ideen des *Community Gardenings* in New York und Berlin, aktuelle Stadtentwicklungen im Viertel und Quartier, sowie globale Nachhaltigkeitsthemen diskutiert. All diese räumlich und zeitlich ungleichen Entwicklungen wirken sich dabei auf den *Place* aus (Scheve 2014: 23).

Aus Masseys Sicht ist jeder *Place* einzigartig. Was die Einzigartigkeit eines *Places* ausmache, sei die Mischung von Vergangenheit und Istzustand und das Globale als Teil dessen, was das Lokale ausmache (Massey 1994: 59). Dabei betont Massey die Bedeutung der Offenheit von *Places* in der globalisierten Welt, also das Nebeneinander von unterschiedlichen sozialen Beziehungen:

„And this in turn allows a sense of place which is extroverted, which includes a consciousness of its links with the wider world, which integrates in a positive way the global and the local“ (Massey 1991: 28).

Allerdings sei diese Offenheit genauso wenig als neues Phänomen zu betrachten wie die Globalisierung selbst: Vielmehr seien es die Geschwindigkeit und die Intensität der Globalisierung, die in den letzten Jahren gravierend zugenommen hätten (ebd.: 46). Massey plädiert für einen progressiven, globalen *Sense of Place*, der miteinschließt, dass beispielsweise *Communities* weder immer an einem *Place* sind, noch alle Mitglieder einer *Community* denselben *Sense of Place* haben (Belina 2013: 117).

Raum und Heterogenität bedingen sich gegenseitig. Aus diesem immerwährenden Prozess folgt, dass *Place* kein abgeschlossener, in sich zusammenhängender Raum ist, sondern ein System mit offenen Enden, das Widersprüche beinhaltet. Wie es auch Lefebvre in seinem Konzept des differentiellen Raums beschreibt (Lefebvre 1991), geht auch Massey davon aus, dass echte Differenz die Voraussetzung für die Untersuchung und Diskussion von Raum ist. Massey macht das an einem Beispiel fest: Man könne nicht sinnvoll über Länder des Globalen Südens sprechen, so lange räumliche Unterschiede als zeitliche Differenz in der Entwicklung interpretiert würden. Denn wenn Länder des Globalen Südens lediglich als frühere ‚Versionen‘ von Ländern des Globalen Nordens beschrieben würden, sei ihre Zukunft und ihr Ziel vorgezeichnet: an die Länder des Globalen Nordens aufzuschließen. Massey macht in diesem Zusammenhang aus postkolonialistischer Sichtweise darauf aufmerksam, dass das, was wir über die Welt wissen, vor allem lokal spezifisches Wissen ist, das kulturell begründet ist (Bering 2010: 390).

„Die wahre Anerkennung von Räumlichkeit erfordert es, die wirkliche Koexistenz von Vielfältigkeit zu akzeptieren – die eine andere Art von Differenz darstellt als eine, die in vorkonstruierte zeitliche Sequenzen komprimiert werden kann“ (Massey 2003: 33).

Um der ethnozentristischen Sichtweise der europäischen Moderne zu entgehen, plädiert Massey für ein Raumkonzept, das wirkliche Differenz und Pluralität zulässt und somit alternative und unterschiedliche Möglichkeiten zur Ge-

schichtsschreibung zulässt (ebd.).³⁴ Denn nur wenn es eine offene Zukunft gebe, wenn Länder des Globalen Südens auch eine andere Entwicklungsrichtung nehmen könnten als Länder des Globalen Nordens, sei politische Einflussnahme und politisches Handeln tatsächlich möglich (Steets 2007: 402). Vor dem Hintergrund postkolonialer Theorien und in Bezug auf Massey argumentiert Berking (1998), dass Differenz und die Bedeutung lokaler Wissensbestände zentral für die Produktion von *Places* sind. Laut Berking bilden lokale Kontexte einen *Local Frame*, einen Filter, mit dessen Hilfe globale Prozesse und global zirkulierende Bilder beziehungsweise Symbole angeeignet werden können und eine gewisse Bedeutung erlangen (Steets 2007: 402). Berking plädiert deshalb dafür, in empirischen Studien zu untersuchen, wie sich das Globale in einem konkreten *Place* wiederfindet. Eine solche Betrachtungsweise setze aber voraus, Globales und Lokales nicht als Gegensätze zu betrachten. Dabei helfe es, wenn man soziale Phänomene auf unterschiedlichen Ebenen betrachte, die wiederum Gegenstand ständiger Aushandlungsprozesse seien (ebd.: 403).

2.2.4.5.2 Massey: *Place und Identität*

Massey plädiert nicht nur, wie bereits erörtert, für eine offene Sicht auf *Place*, sondern auch auf Identität (Massey und Jess 1995: 117). Im vorherigen Kapitel haben wir verdeutlicht, dass soziale Beziehungen, die den *Place* konstituieren, nach Massey nicht statisch sind, sondern sich ständig verändern. Deshalb sind für Massey auch *Place*-Identitäten nicht statisch, sondern dynamisch (Massey 1994: 169). Es gibt nicht die eine *Place*-Identität, stattdessen spricht Massey von mehreren Identitäten, die untereinander in Konflikt stehen können (ebd.: 155). *Senses of Place*, also die Verbundenheit mit einem *Place*, müssen im Kontext sozialer Beziehungen betrachtet werden: Auch wenn sie sehr persönlich konnotiert sind, darf nicht außer Acht gelassen werden, dass alle individuellen Gefühle und Bedeutungen von den sozialen, kulturellen und ökonomischen Umständen

³⁴ Eine solche Forschungsperspektive deckt nicht nur die europäische Moderne „als ethnozentristisch auf, gleichzeitig wird deutlich, dass die Gegenüberstellung eines fortschrittlichen ‚Raum der Ströme‘ mit einem veralteten ‚Raum der Orte‘ [...] einen Ethnozentrismus auf einer neuen Ebene“ (Steets 2007: 402) darstellt.

beeinflusst werden, in denen sich die Individuen befinden (Massey und Jess 1995: 89). Ein bestimmter *Sense of Place* kann von einer Gruppe Menschen geteilt werden. Das unterstreicht noch einmal, dass Gefühle, die eine Person mit einem *Place* verbindet, nicht nur individuell, sondern vor allem gesellschaftlich begründet sind: *Places* werden aus einer bestimmten gesellschaftlichen Position heraus auf entsprechend unterschiedliche Weise betrachtet (ebd.). Man identifiziert sich mit einem *Place*, wenn man sich dort wohl oder zuhause fühlt. Durch die empfundene Verbundenheit wird der *Place* zu etwas Besonderem (ebd.).

Die Idee, dass Identität und *Place* miteinander zu tun haben, weil Menschen sich zu einem *Place* zugehörig fühlen, ist aber nicht die einzige Verbindung zwischen *Place* und Identität. Gleichzeitig konstruieren Menschen ihre Identität über *Places*. Sie grenzen sich mit ihrem *Sense of Place* auch von den Menschen ab, die sich nicht zugehörig fühlen (ebd.: 92). Dabei kann ein und derselbe *Place* unterschiedliche *Senses of Place* beinhalten und damit unterschiedliche Identitäten konstruieren. Denn in ihm kreuzen sich die Routinen ganz unterschiedlicher Menschen, die wiederum ganz verschiedene Verbindungen von diesem *Place* zum Rest der Welt herstellen (Massey 1994: 153). Massey verdeutlicht dies an ihrem Wohnquartier in London, der Kilburn High Road. Dort würden beispielsweise Zeitungen auf unterschiedlichen Sprachen verkauft, an den Litfaßsäulen stünden Slogans der IRA neben der Ankündigung für ein indisches Konzert (ebd.: 152). Derselbe Ort kann also durch einen unterschiedlichen *Sense of Place* in verschiedener Weise wichtig für Menschen werden (Massey und Jess 1995: 97):

„While Kilburn may have a character of its own, it is absolutely not a seamless, coherent identity, a single sense of place which everyone shares (...). If it is now recognized that people have multiple identities, then the same point can be made in relation to places. Moreover, such multiple identities can be either, or both, a source of richness or a source of conflict“ (Massey 1993: 65).

Massey argumentiert, dass ein *Sense of Place* auch Ausdruck sozialer Unterschiede und *Power-Geometries* ist, die zu Exklusion führen können (ebd.). Auch Harvey argumentiert, dass alle *Senses of Place* untrennbar mit sozialen Machtverhältnissen verknüpft sind. Das offensichtlichste Beispiel hierfür sind Struktu-

ren, die dazu führen, dass einzelne *Senses of Place* andere *Senses of Place* am selben Ort überlagern (ebd.). Diese Tendenz lässt sich beispielsweise an heutigen Gentrifizierungsprozessen beobachten: Die alteingesessenen Anwohner_innen haben andere Prioritäten und andere Erwartungen an einen *Place* als die neu Zugezogenen (Massey und Jess 1995: 102).

Wenn man *Sense of Place* jedoch nur in Bezug auf kapitalistische Machtkonstellationen betrachtet, so Massey, übersieht man, dass ein *Sense of Place* – wie auch ein *Place* selbst – sehr persönlich konnotiert sein kann (ebd.: 103). *Places* zeichnen sich also durch Hybridität aus, die durch eine Vielzahl individueller Konnotationen und Bedeutungszuschreibungen entsteht. In Bezug auf eine interne Politik von *Place* heißt das, dass die Identität jeder Lokalität als „an unintended collective achievement“ (Massey 2006: 26) gedacht werden kann, an der bewusst oder unbewusst fortlaufend gearbeitet werden muss. Lokalität oder *Place* bedeutet in diesem Zusammenhang: *Meeting Place*, also ein Ort der Begegnung oder des Verhandelns (ebd.).

Die Argumentation von Massey aufgreifend, entwickelte die Geographin Deborah Martin (2003) für die diskursive Seite des *Place-Makings* den Begriff *Place-Frame*. *Place-Frames* beschreiben

„common experiences among people in a place, as well as imagining an ideal of how the neighbourhood ought to be. Place-frames thus define the scope and scale of the shared neighbourhood of collective concern“ (Martin 2003: 733).

Solche auf gemeinsamen Erfahrungen basierenden Vorstellungen gelten aber nicht nur für *Places* auf Ebene der Nachbarschaft, sondern auch auf anderen *Scales* (Pierce et al. 2011: 60). Individuelle Vorstellungen davon, was einen *Place* ausmacht, also individuelle *Place-Frames*, werden wie *Places* durch soziale Aushandlungen, die Konflikte und Differenzen mit sich bringen, konstruiert und kommuniziert. Diese geteilten Vorstellungen von *Place* sind relevant, da sie die soziale Praxis anleiten. Gleichzeitig wird *Place* als ein bestimmter Ort mit spezifisch geteilten Vorstellungen produziert, indem die Vorstellungen in Aushandlungsprozessen und Konflikten kommuniziert und praktiziert werden. *Place-Frames* können unter Umständen durch diese Aushandlungsprozesse und Konflikte als Strategie eingesetzt werden und werden so wiederum sozial rele-

vant (Belina 2013: 111): „Place-making is an inherently networked process, constituted by the socio-spatial relationship that link individuals together through a common place-frame“ (Pierce et al. 2011: 54).

2.2.4.6 Place und Place-Making in der Quartiersforschung

Place als Konzept für komplexe räumliche Beziehungen und Quartier als Betrachtungsebene sozialer Prozesse sind zentrale Begriffe der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung. Das Quartier ist, ebenso wie die Stadt und die Region, spätestens seit den 1980er Jahren zum Bezugsrahmen für Politik geworden (Kamleithner 2009: 29). Doch der Quartiersbegriff ist nicht einheitlich, sondern eingebettet in „ein weites, interdisziplinäres, heterogenes und zersplittertes Forschungsfeld rund um Stadtteile, Nachbarschaften [und] Kieze“ (Schnur 2014: 22). Olaf Schnur schlägt folgende Definition für Quartiere vor:

„Ein Quartier ist ein kontextuell eingebetteter, durch externe und interne Handlungen sozial konstruierter, jedoch unscharf konturierter Mittelpunkt-Ort alltäglicher Lebenswelten und individueller sozialer Sphären, deren Schnittmengen sich im räumlich-identifikatorischen Zusammenhang eines überschaubaren Wohnumfelds abbilden“ (ebd.: 43).

Vielfältige Globalisierungsprozesse spielen eine Rolle für den Status des Quartiers, das „obsolet und unverzichtbar zugleich“ wird (ebd.: 33). „Zwischen lokaler Entankerung und räumlichen Andockstellen können die Quartiere für die Bewohner ein Raumpotenzial, aber auch eine Raumfalle darstellen“ (ebd.). Das heißt, das Quartier kann als Anker für Menschen fungieren, die zum Beispiel in ihrem beruflichen Alltag sehr mobil sind, es kann aber auch jener Aktionsraum sein, „in dem die notwendigsten, oft eingeschränkten Ressourcen genutzt werden“ (ebd.). Aus diesen Gründen haben sich in den letzten Jahren *Urban-Gardening*-Projekte als beliebtes Mittel zur Quartiersentwicklung etabliert. Denn die Stadtpolitik setzt auf dezentrale Programme zur Quartiersentwicklung, die Fluktuation reduzieren und Quartiere konkurrenzfähig machen sollen (Vogelpohl 2014b: 60). Ein Kritikpunkt an Quartierspolitiken ist, dass sie nicht die Ursachen von Armut oder Benachteiligung beheben würden, sondern höchstens deren Symptome (Widmer 2009: 50). Obwohl die Maßnahmen als sozialpolitisch de-

klariert würden, seien sie in erster Linie wettbewerbsorientiert:

„Sie begegnen Problemen also weder ursächlich noch gesamtstädtisch – wie dies zum Beispiel mit einer gesamtstädtischen Wohnungs- oder Beschäftigungspolitik möglich wäre“ (ebd.).

Urban Gardening wird in diesem Zusammenhang auf städtischer Ebene teilweise als Strategie eingesetzt. Denn obwohl die meisten *Urban-Gardening*-Projekte zeitlich begrenzt initiiert werden, führen sie doch sehr stark zur Identifikation mit den *Places*. Anne Vogelpohl (2014b) beschäftigt sich in diesem Zusammenhang mit der Frage, warum empirische Forschung auf Quartiersebene für die Stadtforschung eine Rolle spielt und wie Stadtentwicklung mit Hilfe des *Place*-Konzepts untersucht werden kann.

Laut Vogelpohl eignet sich das *Place*-Konzept gut zur kritischen Betrachtungsweise von Quartieren, da es die vielfältigen, komplexen und ungleichen Zusammenhänge zwischen sozialen Netzwerken, individuell geltenden Bedeutungen und materiellen sowie politischen Praktiken betrachtet (Vogelpohl 2014b: 73). Stadtplanerische Vorbilder wie die „Stadt der kurzen Wege“ oder Ideale wie die „Europäische Stadt“ fördern den Bedeutungsgewinn von *Places*. Funktionale Nutzungsmischung gepaart mit individuellem, urbanem Flair soll das Erscheinungsbild der Quartiere prägen. Beim *Place*-Konzept liegt der Fokus gleichzeitig auf lokaler Integration und auf sozialer Vielfalt sowie auf sozialer Ungleichheit. Darüber hinaus berücksichtigt es auch konfliktreiche Beziehungen zwischen Quartieren (ebd.: 74). Quartiere sind oft durch eine Kombination von funktionaler Dichte und sozialer Vielfalt geprägt. Diese Vielfalt führt dazu, dass sich unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen zum Beispiel durch ästhetische Merkmale voneinander abgrenzen. Zum einen entstehen so höhere Interaktionsdichten innerhalb einer Gruppe, zum anderen kommt es aber auch zur Exklusion der übrigen Gruppen. Diese Abgrenzung findet meist ebenfalls aufgrund ästhetischer Merkmale statt. Diese Merkmale kennzeichnen *Places* als *Meeting-Places* für einzelne Gruppen (ebd.). Wie bereits erläutert, werden Räume nicht von allen Akteur_innen auf dieselbe Art und Weise wahrgenommen. Mit dem *Place*-Konzept als analytischem Rahmen können diese Unterschiede untersucht werden, es kann also als theoretischer Hintergrund für empirische Studien dienen.

Massey schlägt vor, in Studien zu *Place* bestehende *Power-Geometries* und Zugänglichkeiten zu hinterfragen, um mögliche politische Vorgehensweisen zu skizzieren (Massey 1994: 137). In diesem Zusammenhang stellen *Urban-Gardening*-Projekte interessante und vielschichtige Untersuchungsgegenstände dar.

Wie bereits erläutert, betonen poststrukturalistische Theoretiker_innen wie Massey die soziale Konstruktion von Raum und somit auch von Quartieren. Dieser Forschungsperspektive geht es also weniger um eine Analyse der Eigenschaften von Raum beziehungsweise von räumlichen Einheiten, sondern um „Deutungsmuster, Symbolisierungen, Diskurse und die Konstruktion von ‚Raum‘ (hier des Quartiers)“ (Schnur 2014: 36). Auch „das kategoriale Denken von planungspolitischen Entscheidern“ (ebd.) als Teil eines Diskurses kann so kritisch hinterfragt werden. Die Politiken der Quartiersaufwertung werden gleichermaßen kritisiert. In der Auseinandersetzung mit den „der Quartiersaufwertungspolitik inhärenten Deutungsmustern, Diskursen und der Konstruktion des Quartiers als Raum“ (Widmer 2009: 50) kommen Autor_innen zu dem Ergebnis, dass Programme wie etwa „Soziale Stadt“³⁵ in erste Linie dazu dienen würden, neoliberale Stadtpolitik zu rechtfertigen beziehungsweise durchzusetzen (ebd.).

In diesem Zusammenhang werden auch die mit Politiken der Quartiersaufwertung einhergehenden Partizipations- und Aktivierungsstrategien thematisiert, durch die versucht wird, „einzelne Akteure zu vernetzen, Kommunikation und Kooperation zu fördern, Identität zu stiften und zu innovativem Handeln anzuleiten“ (Kamleithner 2009: 36). Indem das Quartier im Diskurs als Bezugsgröße etabliert wird und die Bewohner eines Quartiers als Gemeinschaft adressiert werden, wird – wie von Harvey beschrieben (Belina 2013: 114-116) – zum Zweck des Regierens strategisch auf einen *Place* Bezug genommen. Diesen Aspekt gilt es auch bei der Untersuchung von *Urban-Gardening*-Projekten und *Places* zu beachten.

³⁵ Für eine Kritik am Programm „Soziale Stadt“ vgl. z.B. Walther und Güntner (2007: 355).

2.3 Neoliberalisierung des Städtischen

Das Phänomen *Urban Gardening* ist im Globalen Norden eng verbunden mit aktuellen Formen der Urbanisierung (Tornaghi 2014). Für eine kritische Analyse von *Urban Gardening* ist es also nötig, aktuelle Stadtentwicklungsprozesse zu untersuchen. Diese sind als „historisch gewordene und politisch veränderbare“ (Belina et al. 2014a: 11) zu begreifen und stellen für Harvey „a dynamic moment in overall processes of social differentiation and social change“ (Harvey 1996: 53) dar. Somit käme auch dem städtischen Phänomen des *Urban Gardenings* ein über konkrete Projekte und ihre jeweiligen räumlichen Kontexte hinausgehendes gesellschaftsveränderndes Potential zu – eine Annahme, auf der die vorliegende Arbeit basiert.

Für die Analyse aktueller Stadtentwicklungsprozesse im 21. Jahrhundert ist der Begriff der Neoliberalisierung in der kritischen Stadtforschung zentral. In einer sehr allgemeinen Definition steht er für die „politically guided intensification of market rule and commodification“ (Brenner et al. 2010: 184). Das politische Projekt des Neoliberalismus wurde ursprünglich als Kampfansage „gegen Strategien des Staatsinterventionismus, des Keynesianismus und des Sozialismus“ (Belina et al. 2013b: 126) entwickelt, mit denen Politiker_innen auf die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre und den Zweiten Weltkrieg reagiert hatten (ebd.). Den Kern neoliberaler Ideen bilden

„die Annahmen zur gesellschaftlichen Vorteilhaftigkeit des freien Marktes, der auf einem tendenziell unreglementierten Wettbewerb aufbaut sowie eine weitgehende staatliche Deregulierung voraussetzt und so auf die Freiheit des Individuums setzt“ (ebd.).

Als der Fordismus als Wirtschafts- und Gesellschaftsform in den 1960er Jahren zunehmend unter Druck geriet, gewannen diese neoliberalen Grundsätze an Bedeutung. Sie beeinflussten in der Folge den Umbau der Gesellschaft nach marktwirtschaftlichen Idealen, der sich ab den 1970er Jahren vollzog (Mayer 2013a: 157). Dieser Umbau wirkte sich auch auf die Sphäre des Städtischen aus. Dort entwickelte sich, basierend auf neoliberalen Idealvorstellungen, eine „hegemonial gewordene Form städtischer Politik bzw. Regierung“ (Schipper und Belina 2009: 39), die in der kritischen Stadtforschung mit verschiedenen Begrif-

fen gefasst wurde: Harvey prägte den Begriff der unternehmerischen Stadt (Harvey 1989), andere Autor_innen sprechen von der postfordistischen (Mayer 1994), der neoliberalen (Heeg und Rosol 2007) oder der neoliberalisierenden (Mayer 2013a) Stadt. Auch die Begriffe der post-politischen (Swyngedouw 2013) und der post-demokratischen Stadt (Mullis und Schipper 2013) gewinnen an Bedeutung. Sie fragen aus der Perspektive kritischer Stadtforschung nach der Beschaffenheit von Politik im Kontext von

„Ökonomisierung, Finanzialisierung, Prekarisierung und schwindender demokratischer Aushandlungsmöglichkeiten sowie d[er] Refeudalisierung von Entscheidungsprozessen“ (ebd.: 79).

Gemeinsam ist diesen Perspektiven, dass sie die grundlegenden Veränderungsprozesse in der Gesellschaft in den Blick nehmen, die sich seit den 1980er Jahren in Städten des Globalen Nordens vollzogen haben (Heeg und Rosol 2007: 491). Zentral ist in der theoretischen Debatte um Neoliberalismus auch das Konzept von Brenner et al. (2010), die zwischen Neoliberalismus („neoliberalism“) als Ideologie und Neoliberalisierung („neoliberalization“) als praktischer Umsetzung dieser Ideologie unterscheiden (vgl. auch Peck und Tickell 2012). So wollen sie deutlich machen, dass sich Neoliberalisierungsprozesse in konkreten Fallbeispielen alles andere als einheitlich vollziehen, aber dass es gleichzeitig „Gemeinsamkeiten der zahlreichen Neoliberalisierungen über diverse Kontexte hinweg“ (Belina et al. 2013b: 127) gibt.³⁶

Eine ähnliche Absicht verfolgen Belina et al., wenn sie von „Neuordnungen des Städtischen im neoliberalen Zeitalter“ (Belina et al. 2013b: 125) sprechen. Auch sie betonen den prozesshaften Charakter von Neoliberalisierung, die sie – „trotz starker Infragestellung und konkreter Widerstände gerade im Gefolge der globalen Finanzkrise“ (ebd.: 128) – im Bezug auf Stadtpolitik für prägend halten. Für die Autor_innen gilt sowohl, dass sich ein Umbau der Gesellschaft nach neoliberalen Vorbild vollzieht, als auch, dass dieser Umbauprozess unvollständig und instabil ist. Daraus folge, dass auch die sich vollziehenden Neuordnungen „weder ausschließlich neoliberal noch abgeschlossen“ (ebd.) sind, sondern eine vor-

³⁶ Diese Erweiterung des Neoliberalisierungsbegriffs lässt sich auch als Reaktion auf die poststrukturalistische Kritik an den frühen Konzepten verstehen (Belina et al. 2013b: 127).

läufige Kombination „aus bestehenden, modifizierten und neuen politischen Strategien und Maßnahmen“ (ebd.) darstellen. Den Rückgriff auf den Begriff des „neoliberalen Zeitalters“ rechtfertigen sie dadurch, dass sich die Neuordnungen innerhalb zweier „Großtrends“ (ebd.) vollzögen.

Diese Großtrends sind zum einen das Trimmen staatlicher Aufgaben „auf wettbewerbsfördernde Schaltmechanismen für unternehmerische Tätigkeit“ (ebd.) – eine Entwicklung, die zulasten einer fördernden Sozialpolitik und demokratischer Mitbestimmung geht; zum anderen eine weitreichende Individualisierung, „die bis hin zur Selbstverantwortung jedes und jeder Einzelnen für die Integration in die bzw. den Ausschluss aus der vor allem ökonomisch definierten sozialen Welt reicht“ (ebd.).

Kemper und Vogelpohl (2013) ergänzen diese Perspektive, indem sie stärker die Widersprüchlichkeit und Nicht-Planbarkeit neoliberaler Entwicklungen thematisieren. Sie kritisieren, dass der Begriff „neoliberal“ seine Aussagekraft verliere, wenn durch seine Verwendung „eine Hegemonie neoliberaler Programmatiken und Praktiken“ (Kemper und Vogelpohl 2013: 220) nur bestätigt und nicht hinterfragt werde. Sie schlagen deshalb den Begriff der Paradoxie vor, mit dem sie aufzeigen wollen, dass der gleiche Prozess zu zwei einander gegenläufigen Ergebnissen führen kann (ebd.: 223).³⁷ Gesellschaftliche Veränderungen könnten dann analysiert werden, ohne von einem „zentralen, die gesellschaftliche Dynamik bestimmenden sozialen Antagonismus“ (ebd.) auszugehen. Dadurch werde es möglich, auch die Systemgrenzen neoliberaler Prozesse auszuloten (ebd.: 220).

In Anlehnung an diese Debatte um die „Neoliberalisierung des Städtischen“ (Mayer 2013a)³⁸ skizzieren wir im Folgenden die unserer Meinung nach zentralen Veränderungen, die mit diesen Restrukturierungsprozessen einhergehen. Unser Fokus liegt dabei auf den spezifischen gesellschaftlichen Bedingungen in deutschen Städten, die zwar alles andere als einheitlich sind, aber von denselben

³⁷ Dabei knüpfen sie an ein Forschungsprogramm an, das im Umfeld des Frankfurter Instituts für Sozialforschung die „Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus“ (Honneth 2002) erforscht (Kemper und Vogelpohl 2013: 222.)

³⁸ Mayer bezieht sich auf Brenner et al. (2010), wenn sie von einer „Neoliberalisierung des Städtischen“ (Mayer 2013a) spricht.

beziehungsweise ähnlichen gesetzlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen geprägt sind. Wir sind uns aber gleichzeitig bewusst, dass sich Neoliberalisierungsprozesse auch in deutschen Städten auf jeweils unterschiedliche Weise ausprägen, je nach den dort vorherrschenden kontextspezifischen Bedingungen und Pfadabhängigkeiten. Über ein vertieftes Verständnis des Urbanisierungsprozesses in deutschen Städten möchten wir Rückschlüsse auf das von uns untersuchte Phänomen *Urban Gardening* gewinnen. Daran anschließend benennen wir verschiedene Aspekte, die wir im Zusammenhang mit der Neoliberalisierung des Städtischen und *Urban Gardening* für relevant werden.

Wir wollen aber auch aufzeigen, inwiefern diese Restrukturierungsprozesse Möglichkeiten für emanzipatorische Praxis bieten. Dabei gilt, dass wir Neoliberalisierung nicht affirmativ verstehen, sondern dieses Konzept als analytischen Rahmen ansehen, der es erlaubt, das Phänomen *Urban Gardening* kritisch zu untersuchen. Wir folgen deshalb bei unserer Analyse nicht streng einem bestimmten theoretischen Ansatz, sondern greifen jeweils die Aspekte der Neoliberalisierungsdebatte auf, die uns im Hinblick auf *Urban Gardening* relevant erscheinen.

2.3.1 Die Entwicklung deutscher Städte vom Fordismus zum Postfordismus

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam den deutschen Städten eine besondere Bedeutung zu: Sie waren die einzige politisch-administrative Ebene, auf der die öffentliche Verwaltung noch funktionsfähig war.³⁹ Aus dieser Position heraus wurden Städte in der Nachkriegszeit – im Kontext von Wirtschaftswachstum, Wohlstandssteigerung und Ausbau des Wohlfahrtsstaats – zu gesellschaftlich und wirtschaftlich prosperierenden Akteurinnen (Heinz 2015: 15; Heeg 2016: 13). Raumordnungspolitisch als Oberzentren definiert, sollten Städte für die Bewohner_innen der Stadtregion und des Umlands wichtige Einrichtungen vorhalten (Heeg 2008: 42). Als „Transmissionsriemen“ (Heeg 2016: 13) war kommunale Politik in der fordistischen Bundesrepublik dafür zuständig, die nationalstaatliche Politik keynesianischer Prägung auf lokaler Ebene umzusetzen und zu ver-

³⁹ Diese Bedeutung spiegelt sich in der Verankerung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts im neu geschaffenen Grundgesetz 1949.

walten (ebd.). In den 1970er Jahren veränderte sich diese Situation, zum einen durch politische und ökonomische Prozesse der Globalisierung und Neoliberalisierung, zum anderen durch den „Legitimitätsverlust des keynesianisch-wohlfahrtsstaatlichen Staatstypus“ (ebd.).

Mit dieser Krise des Fordismus geriet auch die „paternalistische Stadtpolitik“ (ebd.) der Nachkriegszeit unter Druck. Arbeitslosigkeit und Strukturwandel machten Städte „zu Orten des ökonomischen Niedergangs“ (ebd.). Denn während die Steuereinnahmen, eine Haupteinnahmequelle für kommunale Haushalte, durch die Deindustrialisierung schrumpften, mussten Städte eine immer größere Zahl sozialpolitischer Aufgaben erfüllen (ebd.).

Gleichzeitig wurde zunehmend daran gezweifelt, dass Städte tatsächlich in der Lage sind, Aufgaben der Steuerung und „der systematischen und sozial verantwortungsvollen Umverteilung von Ressourcen“ (ebd.) wahrzunehmen. Das lag vor allem daran, dass Städte in Folge der Krise nicht mehr über die dafür notwendigen finanziellen Mittel verfügten. Die den Diskurs bestimmenden Lösungsvorschläge für diese Krise setzten auf den Abbau von Staatlichkeit (ebd.). So vollzog sich nach und nach der „Übergang von einer verwaltenden und distributiv orientierten zu einer ‚unternehmerischen‘ Stadt“ (Heeg 1998: 5), zu einer Stadtpolitik, die vor allem dafür zuständig ist, die infrastrukturellen und institutionellen Voraussetzungen für die erfolgreiche Entwicklung von Stadt und Wirtschaft zu schaffen, ohne selbst steuernd einzugreifen (Heeg 2016: 14).

2.3.2 Deutsche Städte im interkommunalen Wettbewerb

Bedingt durch politische und ökonomische Prozesse der Globalisierung, wie etwa der Liberalisierung des Außenhandels, der Deregulierung der Finanzmärkte und der Transformation des deutschen nationalstaatlichen Selbstverständnisses hin zum Wettbewerbsstaat (Hirsch 1998), kam es zu einer Verlagerung nationalstaatlicher, politischer Kompetenzen in zwei Richtungen: auf die supranationale Ebene, etwa durch den Prozess der europäischen Integration (Heinz 2015: 19) oder den Einfluss internationaler Regimes (Sack 2012: 317), sowie auf die subnationale Ebene. Städte waren nun verstärkt verantwortlich für die Steigerung

des lokalen Wirtschaftswachstums und die Gestaltung der jeweiligen lokalen Bedingungen (Schipper 2014: 100).

Dieser Zuwachs an Kompetenzen hatte aber eine Kehrseite: zum einen erhielten die Städte keine zusätzlichen finanziellen Mittel zugeteilt, um diese Aufgaben adäquat bewältigen zu können (Heeg 2016: 14)⁴⁰, zum anderen wurden die neuen Spielräume mit „der Notwendigkeit erkaufte, am zerstörerischen interkommunalen Wettbewerb teilzunehmen“ (Schipper und Belina 2009: 38).⁴¹ Dieser Wettbewerb wurde, im Kontext eines neoliberalen Umbaus der Gesellschaft, als Reaktion auf die Krise des Fordismus von den herrschenden Eliten bewusst hergestellt (Schipper 2014: 100). Jede einzelne Stadt sollte ihre Potentiale optimal ausschöpfen und ihre Standortfaktoren verbessern, um die lokale Wirtschaft zu stimulieren (ebd.: 98). Dieses Argumentationsmuster forderte von den deutschen Städten eine Anpassungsleistung, um im interkommunalen Wettbewerb um „global agierendes Kapital, Fördermittel, einkommensstarke Haushalte, Konsument_innen und Tourist_innen“ (Schipper und Belina 2009: 39) zu bestehen.

Mit der wachsenden Popularität des *Creative-Class*-Ansatzes von Richard Florida (2002) gerieten zunehmend Kreative und Hochqualifizierte in den Fokus unternehmerischer Stadtpolitik (Schipper 2014: 99). Doch der „Imperativ der Standortoptimierung“ (ebd.) reichte noch weiter: Auch Projekte im Bereich der

„Kultur-, Sport- Bildungs-, Sicherheits-, Umwelt- sowie Migrations- und Sozialpolitik [werden] danach bewertet, was sie zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Stadt beitragen können“ (ebd.).

Die Aufgeschlossenheit städtischer Verwaltungen gegenüber *Urban-Gardening*-Projekten liegt ebenfalls in dieser Logik begründet. *Urban Gardening* passt sowohl zum Leitbild der Kreativen Stadt als auch zum neuen Image-Faktor Nachhaltigkeit (Lüders 2014: 96). Um stadtpolitisch Regieren nach dem Leit-

⁴⁰ So gerieten viele Kommunen ab den 1990er Jahren in finanzielle Schieflagen und verschuldeten sich (Schipper 2014: 100).

⁴¹ Dieser Wettbewerb hat, so beschreiben es Heeg und Rosol im Rückgriff auf Harvey (1989), mehrere Dimensionen: „Konkurriert wird um: die Position als Produktionsort in der internationalen Arbeitsteilung, die Position als Konsumzentrum, (finanzielle, administrative und informationelle) Kontroll- und Befehlsfunktionen sowie nationalstaatliche Fördermittel, die nur noch selektiv verteilt und nicht mehr breit gestreut werden“ (Heeg und Rosol 2007: 493). Die Konkurrenz der unternehmerischen Städte untereinander wird in den letzten Jahren durch Städterankings weiter vorangetrieben (vgl.: McCann 2010 zitiert nach Schipper 2014: 101).

bild der unternehmerischen Stadt zu legitimieren, werden „Widersprüche, Konflikte und Interessensgegensätze in der scheinbaren Harmonie einer lokalen Schicksals- und Standortgemeinschaft“ (Schipper 2014: 98) aufgelöst: Zum Wohle aller Stadtbewohner_innen müssten Stadtpolitiker_innen auf genau diese Weise handeln (ebd.).⁴² Solche Argumentationsweisen und die in diesem Sinne hergestellten gesellschaftlichen Verhältnisse werden von der Mehrheit der deutschen Verwaltungs- und Politikelite nicht hinterfragt, sondern als das zwingende und natürliche Ergebnis „einer übermächtigen Globalisierung“ (ebd.: 100) angesehen.⁴³

Dabei wird verschleiert, dass sich die Stadtpolitik zunehmend an den Bedürfnissen der Mittel- und Oberschicht orientiert (Schipper 2014: 99) und eine „staatliche Umverteilungspolitik ‚von unten nach oben‘“ (Heeg und Rosol 2007: 492) stattfindet. Auch der real existierende Dissens über die Art und Weise, wie städtisches Leben aussehen soll, wird so ausgeblendet (Schipper 2014: 98).

Nachdem wir einen Überblick über die Auswirkungen von Neoliberalisierungs- und Globalisierungsprozessen auf die Urbanisierung in der Bundesrepublik vorgenommen haben, möchten wir nun konkreter auf einzelne Aspekte eingehen, die durch die Neoliberalisierung des Städtischen bedingt beziehungsweise beeinflusst worden sind.

2.3.3 Wandel der Planungsparadigmen und -methoden

Die neudefinierte Rolle der Stadt als „Wettbewerbseinheit in einem globalen Raum der Konkurrenz“ (Schipper 2014: 98) hatte Folgen für die Stadtverwaltung und -planung. Das Ideal eines schlanken Staats wurde auf die öffentliche Verwaltung übertragen: Kommunale Aufgaben sollten ab sofort nach betriebswirt-

⁴² Diese Argumentationslogik bezeichnet Marcuse als pervers, da sie suggeriere: „what is good for the dominant sectors of the city is good for the people of the city as a whole“ (Marcuse 2005: 252).

⁴³ Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise, die ab 2007 in vielen Staaten zu Rezession und abgeschwächtem Wirtschaftswachstum führte, nährte kurzfristig die Hoffnung, das neoliberale Reformprojekt könne nachhaltig infrage gestellt werden (Schipper und Belina 2009: 39). Neoliberalisierungen prägen aber weiterhin zentrale Felder der Stadtpolitik (Schipper und Belina 2009: 48f.; Belina et al. 2013b: 128).

schaftlichen Steuerungsmodellen ausgerichtet werden (ebd.: 99). Durch die Privatisierung von städtischem Eigentum und öffentlichen Leistungen wurde eine Verbesserung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit angestrebt (Heeg 2016: 15). Auch im Bereich der Grünflächenversorgung kam es zu einem Rückzug der Stadtverwaltungen (Rosol 2006: 34). Um Kosten zu sparen, wurden Kooperationen zwischen staatlichen und privatwirtschaftlichen Akteur_innen zum neuen Mittel der Wahl (Sack 2012: 325), zum Beispiel durch *Public-Private-Partnerships* bei Bauvorhaben (Heeg 2016: 15) oder durch private Dienstleister_innen im Bereich der Stadterneuerung (Mössner 2016: 138).

Doch ein Rückzug der Kommunen fand nicht auf allen Ebenen statt: Teilbereiche des städtischen Lebens wurden weiterhin subventioniert, vor allem wirtschaftsfördernde Maßnahmen und die Bildung von Wohneigentum – zugunsten der Besserverdienenden und zulasten sozialpolitischer Maßnahmen, für die immer kleinere Budgets zur Verfügung standen (Heeg 1998: 16-19; Heeg und Rosol 2007: 494). Die damit einhergehende soziale Polarisierung wird von der Stadtplanung nicht mehr vorrangig adressiert; auch bedingt dadurch, dass sozial-räumliche Differenzen zwischen Städten und Regionen zunehmend als Wettbewerbsinstrumente gedeutet werden (Schipper 2014: 100). Über eine „exklusive, differenzorientierte Planung“ (Faix 2011: 28) wird versucht, die Attraktivität und Erreichbarkeit des eigenen Standorts zu sichern und zu verbessern.

Das Image und die Atmosphäre einer Stadt, ihre städtebauliche Gestaltung, ihre Wohnungs-, Bildungs- und Freizeitangebote, die kulturelle Vielfalt und auch die „Umwelt- und Lebensqualität“ (Heinz 2015: 111) werden als wichtige Faktoren für ihren Erfolg angesehen, denen die Stadtplanung Rechnung tragen muss. Für Planer_innen unter „Innovations- und Akkumulationsdruck“ (Klopotek 2004: 220) sind Projekte und Netzwerke als Organisationsformen für Planungsprozesse attraktiv geworden (Kamleithner 2009: 33), um Kreativität und Innovation zu stimulieren und externe Ressourcen zu nutzen. Stadtplanung versucht, die Bevölkerung zu aktivieren, „einzelne Akteure zu vernetzen, Kommunikation und Kooperation zu fördern, Identität zu stiften und zu innovativem Handeln anzuleiten“ (ebd.). Das Planen in Projekten und Netzwerken, häufig unter Beteiligung privater Unternehmen (Faix 2011: 29), ist aber nicht nur auf die beschränkten

finanziellen Mittel im Zusammenhang mit kommunalen Finanznöten zurückzuführen. Es dient auch dem Erreichen bestimmter Ziele: Auf die jeweiligen Vorhaben soll gezielt diskursive Aufmerksamkeit gelenkt werden, um die Bekanntheit des Standorts zu steigern und weitere Stadtentwicklungsprozesse anzuregen (ebd.).

In diesem Kontext ist auch die Popularität des Instruments Zwischennutzung, etwa durch Kunst- oder *Urban-Gardening*-Projekte, einzuordnen. Auf dieses Instrument und seine Bedeutung für die Stadtentwicklung gehen wir später ausführlicher ein (vgl. Kapitel 2.3.9).

2.3.4 *Governing through Community*

Die Anrufung von lokalen (Überzeugungs-)Gemeinschaften (Rose 2000) ist zentraler Bestandteil dieser neuen Planungsstrategien. Bürger_innen sollen ermächtigt werden, „sich um örtliche Belange selbst zu kümmern“ (Faix 2011: 23)⁴⁴. Indem sie als moralische Subjekte konstruiert werden, die sich in der Verantwortung stehenden Gemeinschaften zugehörig fühlen (vgl. Rose 1996, 2000a, 200b), werden sie geführt und gleichzeitig zur Selbstführung angeleitet, „gemäß einer moralischen Definition von angemessenem individuellen und gemeinschaftlichen Verhalten“ (Heeg und Rosol 2007: 497).⁴⁵

Rose nennt diese Strategie „governing through community“ (Rose 2000b: 85f.). Für ihn wird dabei ein neoliberales „Ethos von Selbst-Verantwortung mit dem neokommunitaristischem [sic] Ideal von aktiver Bürgerschaft und Gemeinsinn“ (Heeg und Rosol 2007: 497) verbunden. So können vormals staatliche Aufgaben ‚nach unten‘ durchgereicht und „kaskadenförmig vom Staat über die Länder auf die Kommunen und die zur individuellen und kollektiven Selbstsorge angehaltenen BürgerInnen verteilt werden“ (Faix 2011: 23). Gleichzeitig werden fortwährend neue Formen von Exklusion produziert, wenn Bürger_innenrechte zuneh-

⁴⁴ Für eine ausführliche Erläuterung von neoliberalen Formen der Stadtplanung und der Strategie des *Governing through Community* vgl. Kamleithner (2009).

⁴⁵ „This transformation from citizenship as possession to citizenship as capacity is embodied in the image of the active entrepreneurial citizen who seeks to maximize his or her lifestyle through acts of choice, linked not so much into a homogeneous social field as into overlapping but incommensurate communities of allegiance and moral obligation“ (Rose 2000a: 99).

mend an die Bereitschaft geknüpft werden, sich in die Gemeinschaft einzubringen und sich auf eine bestimmte Weise zu verhalten: „Citizenship has to be earned by certain types of conduct“ (Rose 2000a: 98).

Auch Harvey hat diesen strategischen Einsatz lokaler Gemeinschaften analysiert: *Communities* seien schon immer eine der „key sites of social control and surveillance, bordering on overt social repression“ (Harvey 1997: o.S.) gewesen. Familien, soziale Netzwerke, Interessengruppen oder lokale Gemeinschaften, die sich durch freundschaftliche Verbindungen oder gemeinsame Interessen verbunden fühlen (Kamleithner 2009: 34), werden als ‚natürliche‘ Träger_innen sozialer Verantwortung adressiert (ebd.).⁴⁶ So werden Stadtbewohner_innen etwa dazu angehalten, selbst für die Verschönerung ihres Quartiers zu sorgen – und somit ihre Benachteiligung selbst zu verwalten (Selle 1997: 43). Dadurch kommt es zu einer Fragmentierung des sozialen Raums (Kamleithner 2009: 34).

Denn in Zeiten beschränkter staatlicher und kommunaler Ressourcen entsteht eine Konkurrenzsituation zwischen den zunehmend vereinzelter sozialen Einheiten (ebd.). Um ihre Alleinstellungsmerkmale zu definieren und ihre Position innerhalb des sozialen Gefüges zu stärken, müssen sich *Communities* nach außen abgrenzen (Harvey 1997: o.S.). Während sich also die Mitglieder einer *Community* zueinander solidarisch verhalten, sind die Mitglieder anderer *Communities* potentielle Konkurrent_innen⁴⁷, da sie sich im Wettbewerb um staatliche Fördergelder ebenfalls um eine günstige Positionierung bemühen (Rosol und Dzudzek 2014: 214).

⁴⁶ Diese Aktivierung von Bürger_innen ist für Vertreter_innen des Kommunitarismus, wie Putnam (1993) oder Etzioni (1995) positiv besetzt. Für sie wird durch *Communities* auf kleinräumlicher Ebene Sozialkapital und Vertrauen geschaffen. Ihre *Community*-Konzepte zielen „auf aktive und verantwortliche Individuen, die sich um Familie und Nachbarschaft sorgen und die im Vergleich zu wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen in der Lage sein sollen, ein reiches und erfülltes Sozialleben herzustellen“ (Kamleithner 2009: 35). Diese Positionen werden als „Idealisierung von Zivilgesellschaft“ (Rosol 2006: 8 Anhang) kritisiert.

⁴⁷ Diese Konkurrent_innen können ganz verschiedene zivilgesellschaftliche Gruppen sein: neben Angehörigen der freien Kunst- und Kulturszene, z.B. auch Vereine, soziale Projekte oder *Urban Gardening*-Initiativen.

2.3.5 Wandel des öffentlichen Raums

Im Zusammenhang mit *Urban-Gardening*-Projekten ist häufig von einer Rückeroberung des öffentlichen Raums die Rede. Auf den ersten Blick erscheint diese Aussage zutreffend und unproblematisch, da im Diskurs ein geteiltes Verständnis von „öffentlichem Raum“ vorausgesetzt werden kann. Doch auf den zweiten Blick entpuppt sich der Begriff als komplex und ambivalent. Als zentrale Kriterien für öffentlichen Raum werden nämlich häufig zwei Aspekte angeführt: dass die Flächen öffentliches Eigentum sind und dass sie unbeschränkt für alle und zu jeder Zeit zugänglich sind (Selle 2008: 1). Doch zahlreiche Flächen, die öffentlich zugänglich sind, wie zum Beispiel die Vorplätze von Kaufhäusern oder Einkaufspassagen, sind nicht im öffentlichen Eigentum. Zahlreiche öffentliche Flächen, wie zum Beispiel Straßen, Plätze oder Parks, sind bestimmten Nutzer_innengruppen mit bestimmten Verhaltensweisen vorbehalten (ebd.: 2).

Urban-Gardening-Projekte können in beide Kategorien fallen. Um diesen Schwachpunkten in der Definition öffentlicher Räume zu entkommen, geht Selle „vom Verhalten der Stadtnutzer“ (ebd.) aus: Es handele sich dann um öffentliche Räume, wenn sie „für alle Menschen in den Städten (die ‚Öffentlichkeit‘) – ohne besondere Befugnisse oder wesentliche Beschränkungen“ (ebd.) zugänglich und nutzbar seien.⁴⁸ Auch Klamt (Klamt 2012: 778) betont die Perspektive der Nutzer_innen: „sie machen einen Raum zu einem ‚öffentlichen Raum‘ – oder eben nicht“ (ebd.) Er verweist aber gleichzeitig darauf, dass es den_die Nutzer_in nicht gebe, da die Wahrnehmung von öffentlichen Räumen von Individuum zu Individuum unterschiedlich sei (ebd.).

Öffentlich nutzbare Räume bieten Chancen zu Begegnung und Austausch, verpflichten aber nicht dazu: „Nähe und Distanz sind frei wählbar, jeder Akteur kann zwischen Beobachtung und Teilhabe entscheiden“ (Pesch 2008: 33). Pesch sieht diese Räume durch veränderte gesellschaftliche Bedingungen, wie etwa die wachsende Bedeutung virtueller Räume, aber in Gefahr. Sie seien immer weniger Orte der Begegnung, sondern würden zunehmend banalisiert und ökonomi-

⁴⁸ Trotzdem empfehle es sich, so Selle, zu klären „welche Räume man jeweils meint, wenn von ‚öffentlichen Räumen‘ die Rede ist“ (Selle 2008: 4).

siert: durch die Überpräsenz von Konsumangeboten und Werbung, durch „anti-urbane Handelsformen“ (ebd.: 34) wie *Indoor Shopping Malls* und die Privatisierung von Flächen durch die Immobilienprojekte privater Investor_innen (ebd.: 35).⁴⁹ Auch die Überwachung des öffentlichen Raums hat in den vergangenen Jahren im Zuge von Kriminalitäts- und Terrorbekämpfung stetig zugenommen (ebd.: 35f.). Ökonomisierung, Privatisierung und Kontrolle stehen heute scheinbar „[a]usgelassener Aneignung und intensivster Nutzung des städtischen Raums“ (ebd.: 36) gegenüber, wie etwa durch Stadt- und Kultur-Strände, Zwischennutzungen, *Public-Viewing*-Veranstaltungen oder *Urban-Gardening*-Projekte. Häufig haben diese Nutzungen aber einen kommerziellen und eventhaften Charakter (ebd.: 34), was eine dauerhafte Aneignung des öffentlichen Raums durch vielfältige Nutzer_innengruppen verhindert (ebd.: 36).

Mit der fortschreitenden Kommodifizierung des Urbanen (Kipfer et al. 2008; Schmid 2011: 43) wird das Leben in der Stadt zunehmend auf einen ‚urbanen Lifestyle‘ reduziert. Die Präferenzen der Stadt-Konsument_innen und ihr Wunsch nach authentischer Urbanität werden zu einer Form der Machtausübung, da sich Stadtpolitik an diesen Stadt-Konsument_innen ausrichtet und Stadt nach ihren Wünschen umgestaltet (Zukin 2010: 28). Dieser ‚urbane Lifestyle‘ kann zum entscheidenden Faktor für städtische Aufwertungsprozesse werden, was dazu führt,

„dass die urbanen Qualitäten, Differenz, Begegnung, Kreativität, Teil werden von ökonomischen Dispositiven und systematischer Ausschöpfung von Produktivitätsgewinnen“ (Schmid 2011: 43).

Wirtschaftliche Prinzipien dominieren bereits zahlreiche Bereiche des städtischen Lebens und die „wenig kontrollierten und kommerzialisierten Zwischenräume und Ritzen innerhalb der metropolitenen Kerne drohen, zusehends zu verschwinden“ (Schmid 2011: 44f.).

Diese Veränderung des öffentlichen Raums ist außerdem gekennzeichnet von der verstärkten Anwendung territorialer Kontrollstrategien, etwa durch erhöhte

⁴⁹ Klamt hält es aber für verkürzt, „die tatsächlichen Effekte von Privatisierung, Regulierung, Ökonomisierung und Ästhetisierung“ (Klamt 2012: 796) auf das öffentliche Leben und die Entwicklung von Städten nur negativ zu bewerten, da diese Prozesse auch positive Folgen hätten.

Polizeipräsenz oder den Einsatz privater Sicherheitskräfte. Diese werden eingesetzt, um städtische Räume als Erlebnis- und Konsumwelten zu generieren und abzusichern. Im Vordergrund stehen dabei die innenstadtnahen Räume, die als „Visitenkarten der Stadt“ (Heeg und Rosol 2007: 495) gelten. Aus ihnen werden all jene vertrieben, die „nicht mit Vorstellungen einer aufgewerteten Einkaufs-, Erholungs- und Bürozone zusammen passen“ (ebd.).

Über *Place-Branding*-Strategien, eine Form unternehmerischer Stadtpolitik, versuchen Städte, sich über die Betonung ihrer urbanen Qualitäten von ihren Konkurrentinnen im internationalen Städtewettbewerb abzusetzen: „One such strength is quality urban green space which has been shown to make cities more attractive and liveable places, drawing people and investments to urban centres” (Gulsrud et al. 2013: 330).

In einer Linie mit dem gesellschaftlichen Trend der Nachhaltigkeit versuchen Städte des Globalen Nordens überdies, sich als *Green City* zu inszenieren (ebd.: 331). Damit können sowohl umweltpolitische Visionen verbunden sein, als auch das Ziel, die Lebensqualität einer Stadt zu verbessern – oder im Städtewettbewerb um „investment, talent, and tourism“ (ebd.) einen kompetitiven Vorteil zu erzielen.

2.3.6 Grünflächenversorgung in der neoliberalisierten Stadt

Auch öffentliche Freiräume sind immer stärker betroffen

„von den aktuellen Tendenzen von Privatisierung und Kommodifizierung (z.B. durch die Erhebung von Eintrittsgeldern für Parks), von Vernachlässigung und Ausgrenzung sowie dem Rückzug der Kommune aus Organisation und Betrieb des öffentlichen Grüns“ (Rosol 2011: 99).

Die Bedeutung städtischer Grün- und Freiflächen ist heute zwar allgemein anerkannt (ebd.: 98), ebenso wie deren positive Effekte für das Stadtklima, für die Aufenthaltsqualität von Quartieren beziehungsweise die dortigen Miet- und Grundstückspreise (Gulsrud et al. 2013: 336), für die Lebensqualität und nicht zuletzt das Image einer Stadt (ebd.: 331f.).

Doch auch in diesem Bereich städtischer Planung und Verwaltung wird mit Sachzwängen argumentiert, die aus den kommunalen Finanznöten abgeleitet

werden. Die schlechte finanzielle Ausstattung der Grünflächenämter mache das Nachdenken über neue Bewirtschaftungsmodelle notwendig (Rosol 2011: 98), Ziel sei schließlich eine möglichst erfolgreiche „Inwertsetzung städtischer Räume von und durch Grünflächen“ (ebd.).

Grün- und Freiflächen werden also nicht mehr über ihre soziale Funktion legitimiert, wie etwa die Möglichkeit zur Reproduktion der Arbeitskraft beziehungsweise zur Erholung, sondern über ihren Wert als Standortfaktor, als Kapital, das sich verwerten lässt. Damit wird auch hingenommen, dass der Zugang zu diesen Flächen nicht allen gleichermaßen offensteht. Je besser das Einkommen eines Haushalts, desto leichter ist der Zugang zu „Wohnlagen mit einem hohen Anteil an privatem und öffentlichem Grün [...], andere müssen sich mit unterversorgten Vierteln begnügen“ (ebd.). Diese sozialräumliche Ungleichheit wird in Bezug auf Grünflächen „von Politik und Planung z.T. gar befürwortet und aktiv vorangetrieben“ (Rosol 2011: 98).

Mit neueren Freiraumkonzepten, wie etwa *Urban-Gardening*-Projekten, ist die Hoffnung verbunden, dass sie die strukturellen Defizite der kommunalen Freiraumplanung ausgleichen können (ebd.: 105). Rosol hat diese Hoffnung zum Ausgangspunkt ihrer Forschung gemacht und anhand verschiedener *Urban-Gardening*-Projekte in Berlin untersucht, ob diese neuen Freiraumformen tatsächlich Gegenentwürfe sein können. Sie kommt zu einem zwiespältigen Ergebnis: Indem die Projekte den Zugang zu Gärten auch für Personen mit niedrigem Einkommen öffnen würden, erweiterten sie „im Einzelfall die Chancen und Reproduktionsbedingungen gerade auch für benachteiligte Bevölkerungsgruppen in unterversorgten Quartieren“ (ebd.: 110). Diesen positiven Effekten stehen jedoch andere gegenüber, die bestehende Ungleichheiten eher verstärken: Ein *Urban-Gardening*-Projekt verlange den Beteiligten viel ab an Zeit, Arbeit und Sozialkompetenz. Diese „insgesamt anspruchsvolle Form der Freiraumbereitstellung“ (ebd.: 109) könnten nicht alle Personen leisten; gerade für politisch und ökonomisch bereits Benachteiligte stelle sie eine große Herausforderung dar. Überdies neigten ehrenamtliche Strukturen dazu, „exklusive Tendenzen“ zu entwickeln (ebd.: 110).

Aus der Makroperspektive betrachtet können *Urban-Gardening*-Projekte „die allgemeinen Trends steigender Mieten, Gentrification, sozialer Polarisierung, wachsender materieller Ungleichheit, zunehmender Verarmung etc.“ (ebd.) nicht ausgleichen; auch weil sie quantitativ kaum ins Gewicht fielen. Die oben bereits skizzierte Konkurrenzsituation zwischen verschiedenen Quartieren und Projekten (vgl. Kapitel 2.3.4) könne dazu führen, dass „das wenige Geld, das die öffentliche Hand bereitstellen will“ aus anderen Quartieren abgezogen wird, aus Quartieren „in denen solches Engagement noch viel schwieriger zu verwirklichen ist“ (ebd.). *Urban-Gardening*-Projekte seien deshalb zwar an sich begrüßenswert, könnten ein Umdenken in der Freiraumplanung zugunsten eines Abbaus der Freiraum-Ungleichheiten aber schwerlich ersetzen (ebd.).

Als Projekte von Bürger_innen für Bürger_innen passen *Urban-Gardening*-Projekte perfekt in das Konzept des aktivierenden, auf Partizipation ausgelegten Staats, der die „Verantwortung für die öffentliche Infrastruktur an die ‚Bürger-schaft‘“ (ebd.: 111) abgibt. Ähnlich wie die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse nicht mehr das vorrangige Ziel staatlicher Politik darstelle (vgl. Kapitel 2.3.3), sei auch der Abbau „von Ungleichheit in der Freiraumverfügbarkeit“ (ebd.) aufgegeben worden, so Rosol.

Hinzu komme eine veränderte Auffassung von Erholung, die nicht mehr dazu diene, soziale Belastungen auszugleichen, sondern „Ausdruck Lebensstilabhängiger Freizeitbedürfnisse“ (Schöbel-Rutschmann 2003: 91) sei. Als solche verstanden sei sie keine staatliche Aufgabe mehr, sondern eine individuelle, „die Inanspruchnahme von Steuergeldern sei mithin nicht mehr legitimiert“ (Rosol 2011: 112). In dieser Logik scheint es kein Problem darzustellen, wenn sich „diejenigen, die nicht über die ökonomischen Mittel zur Befriedigung ihrer Freiraumbedürfnisse verfügen“ (ebd.) ihre Freiräume selbst schaffen und ihren Mangel selbst verwalten (Selle 1997: 43).

2.3.7 Aufwertungs- und Gentrifizierungsprozesse

Die Tendenz zur Ökonomisierung des Stadtraums (vgl. Kapitel 2.3.5) spielt auch im Zusammenhang mit Aufwertungs- und Gentrifizierungsprozessen⁵⁰ eine entscheidende Rolle. Als „Universalmetapher kollektiver Abstiegsängste“ (HBS 2015) ist der Begriff der Gentrifizierung heute zentral in den Wohnraumdebatten von Aktivist_innen, Politiker_innen und Journalist_innen.⁵¹ Dabei wird er häufig mit allen Veränderungs- oder Aufwertungsprozessen gleichgesetzt, die in Stadtvierteln und Quartieren ablaufen. Tatsächlich hängen Aufwertung und Gentrifizierung eng miteinander zusammen, was auch die Kategorien andeuten, die Krajewski (2004) zur Definition von Gentrifizierung vorschlägt: erstens die bauliche Aufwertung, also Verbesserungen von Wohnumfeld und Infrastruktur, zweitens die soziale Aufwertung durch den Zuzug von statushöherer Bevölkerung⁵², drittens die funktionale Aufwertung durch neue Konsum- und Dienstleistungsangebote und eine sinkende Leerstandsquote sowie viertens die symbolische Aufwertung mittels positiver Diskurse über die entsprechenden Quartiere und Stadtteile (Krajewski 2004: 103).

Trotzdem sind die Begriffe Aufwertung und Gentrifizierung inhaltlich nicht identisch. Das definitorische Merkmal der Gentrifizierung ist der Aspekt der Verdrängung ärmerer Bevölkerungsgruppen, ein Prozess, der aus der Perspektive kritischer Stadtforscher_innen kein ungeplanter Kollateralschaden ist (Holm 2011a: 45). Eine einheitliche und allgemein anerkannte Definition des Begriffs liegt bis heute jedoch weder in der internationalen noch in der deutschsprachigen Forschung vor (ebd.). Dieser Mangel ist der Komplexität von Gentrifizierungs-

⁵⁰ In der deutschsprachigen Forschung wird häufig auch der englische Begriff *Gentrification* verwendet (vgl. Holm 2012, 2014). Wir verwenden die eingedeutschte Variante.

⁵¹ Erstmals verwendet wurde der Begriff Gentrifizierung 1964 von der britischen Soziologin Ruth Glass, die im Londoner Stadtviertel Islington beobachtete, dass die ökonomische und bauliche Aufwertung in Quartieren häufig einen Bevölkerungsaustausch und einen Wandel im „Charakter der Nachbarschaft“ (Holm 2011: 45) auslöst. Gentrifizierung wurde zunächst vor allem in der angloamerikanischen Stadtforschung analysiert, seit dem Ende der 1980er Jahre wird das Phänomen aber auch in Deutschland untersucht. Seitdem wurden unzählige theoretische und empirische Forschungs- und Qualifikationsarbeiten zum Thema Gentrifizierung veröffentlicht (z.B. Dangschat 1988; Blasius und Dangschat 1990; Glatter 2007; Krajewski 2006; Blasius 2008).

⁵² Problematisch ist hierbei jedoch die Klassifizierung von Bevölkerungsgruppen nach ihrer ‚Wertigkeit‘.

prozessen geschuldet. In ihnen kreuzen sich sowohl bauliche als auch infrastrukturelle Veränderungen auf Quartiersebene

„mit immobilienwirtschaftlichen Wertschöpfungen, veränderten Bewohnerstrukturen, neuen Formen der Stadtpolitik und symbolischen Umbewertungen der Wohnquartiere“ (Holm 2012: 662).

Je nach Fachrichtung und Forschungsperspektive gehen Wissenschaftler_innen deshalb von unterschiedlichen „Ursache-Wirkungs-Beziehungen“ (ebd.) für Gentrifizierungsprozesse aus. Als „Minimalkonsens“ (ebd.) bezeichnet Holm die Definition von Kennedy und Leonard (2001): „the process by which higher income households displace lower income residents of a neighborhood, changing the essential character and flavor of that neighborhood“ (Kennedy und Leonard 2001: 6).

Der „flavor“ (ebd.) eines Quartiers verändert sich aber oft schon vor dem Zuzug wohlhabenderer Haushalte: über die symbolische Aufwertung von Quartieren und die Konstruktion „besonderer Orte“ (Holm 2010: 67). Diese werden häufig mit den Schlagworten „pulsierend“ (Schlegel 2014: 69), „lebendig“ (ebd.) oder „urban“ (ebd.: 80) charakterisiert. So wird ein vermarktbare Image geschaffen, häufig „im Rückgriff auf eine Kreativszene beziehungsweise Subkultur“ (Schlegel 2014: 69). Dabei werden Kreative, Künstler_innen und Angehörige von Subkulturen, zu denen auch *Urban-Gardening*-Aktivist_innen gehören, „als Indikatoren einer beginnenden Aufwertung gesehen, da sie ein ‚noch unentdecktes‘ Stadtviertel experimentell nutzen und attraktivieren“ (Schlegel 2014: 69).

In einigen Gentrifizierungsmodellen (z.B. Clay 1979; Dangschat 1988) werden diese Raumnutzer_innen als Pionier_innen „mit kulturellem und sozialem Kapital“ (Holm 2012: 672) bezeichnet, die als Erste in bis dahin wenig attraktive Quartiere ziehen. Während diese Pionier_innen in den ersten Phasen der Gentrifizierung laut Modell selbst dazu beitragen, alteingesessene Bewohner_innen zu verdrängen, werden sie später ebenfalls verdrängt (ebd.). Diese Entwicklung wird als „Pionierdilemma“ (Schlegel 2014: 70) bezeichnet.

Auch bei der Anwendung des *Neighbourhood Brandings*, eines in den Niederlanden entwickelten Konzepts (vgl. Fasselt und Zimmer-Hegmann 2014), wird von städtischen Akteur_innen versucht „benachteiligte Quartiere unter Einbezie-

hung der Bewohner als Marke zu entwickeln, ihnen ein Profil zu geben, um das bisherige Negativeimage zu überwinden“ (Schnur 2014: 15). Dabei ist es wichtiger, ein Image von Lebendigkeit und Urbanität zu erzeugen, als für die Stadtbewohner_innen tatsächlich gleichwertige Lebensmöglichkeiten zu gewährleisten (Vogelpohl 2014a: 27).

Der „Kampf um ‚Szenevierteil‘ als ‚a hip place to go and live‘ gehört inzwischen fast zum Markenzeichen prosperierender bundesdeutscher Großstädte“ (Karow-Kluge und Schmitt 2014: 2). Zwei Großtrends haben die Relevanz des Phänomens für deutsche Städte in den vergangenen Jahren noch gesteigert: die Reurbanisierung (Brake 2011)⁵³ und das wachsende Interesse an Investitionen in den Immobilienmarkt, ausgelöst durch die Geldmarktkrise ab 2007 (Schipper und Wiegand 2015). Doch mit der wachsenden Popularität des Begriffs der Gentrifizierung geht auch eine „zunehmende Unübersichtlichkeit in der Debatte zwischen Gegnern und Befürwortern, negativen und positiven Effekten, Profiteuren und Verdrängten“ (Karow-Kluge und Schmitt 2014: 1f.) einher.

Besonders heftig kritisiert werden Aufwertungs- und Gentrifizierungsprozesse von urbanen Protestbewegungen, die dabei häufig auf den von Lefebvre inspirierten Slogan „Recht auf Stadt“ Bezug nehmen. Sie wenden sich gegen eine neoliberale Stadtpolitik, welche die Verschärfung sozial-räumlicher Disparitäten zugunsten der lokalen Wirtschaft in Kauf nimmt. Verantwortlich für diese Entwicklung sind in ihren Augen „die immobilienwirtschaftlichen Strategien in der Koalition von Investoren, Bauträgern, Banken und unternehmerischer Stadtpolitik“ (Karow-Kluge und Schmitt 2014: 2). An Gentrifizierungsprozessen sind aber nicht nur lokale Akteur_innen beteiligt. Durch die zunehmende Globalisierung des Finanzsektors und internationale Investitionen in Immobilien sind auch urbane Restrukturierungsprozesse global geworden. Was als sporadisch auftretende Anomalie auf den Wohnungsmärkten bestimmter Städte begann, „is now

⁵³ Harvey sieht die (Re-)Urbanisierung in Zusammenhang mit der Suche (globaler Investor_innen) nach Anlage-Möglichkeiten für überschüssiges Kapital (Harvey 2013): „Urbanisierung ist ein Kanal, durch den überschüssiges Kapital fließt, um die Städte für die Oberschicht neu zu bauen. Ein machtvoller Prozess, der neu definiert, worum es in Städten geht, wer dort leben darf und wer nicht. Und er definiert die Lebensqualität in Städten nach den Maßgaben des Kapitals, nicht nach denen der Menschen“ (Twickel 2013, Interview mit David Harvey).

thoroughly generalized as an urban strategy, its incidence is global, and it is densely connected into the circuits of global capital and cultural circulation” (Smith 2002: 427).

2.3.8 *Ecological Gentrification*

Die Reurbanisierung und die damit einhergehende Aufwertung der Innenstädte wurden begleitet von einer Debatte um ökologische Nachhaltigkeit (Holm 2011a: 46) und von „new forms of urban environmental governance” (Quastel 2009: 702). Die Abkehr von der Zersiedelung, aber auch das Ideal der „Stadt der kurzen Wege“ und der „Übergang zu einer schadstofffreien Wissensökonomie“ (Holm 2011a: 46) galten zunehmend als wegweisend für die Zukunft der Städte. So entwickelte sich der Nährboden für eine neue Erscheinungsform der Gentrifizierung: die *Ecological Gentrification*. Von Dooling (2008, 2009) ursprünglich geprägt, um die Verdrängung von Obdachlosen durch urbane Politiken der Nachhaltigkeit theoretisch zu fassen, wurde der Begriff von Quastel (2009) noch einmal erweitert: In urbanen Revitalisierungs- und Gentrifizierungsprozessen würden sowohl Stadtregierungen als auch Immobilienentwickler_innen und Immobilienkäufer_innen auf Umwelt- und Nachhaltigkeitsdiskurse Bezug nehmen und dadurch urbane Räume verändern (Quastel 2009: 719).

Tatsächlich sind die neuen ‚grünen‘ Lebensstile ein Distinktionsmerkmal der Besserverdienenden. Die zunächst nur individuell getroffenen Entscheidungen für bewusste Ernährung oder ökologische Baustoffe „entfalten ein hohes Maß an Raumwirksamkeit“ (Holm 2011a: 50). Denn die Infrastruktur in den jeweiligen Quartieren richtet sich nach diesen Besserverdienenden aus, während traditionelle Angebotsstrukturen verdrängt werden (ebd.).

Unter dem Leitbild der ökologischen Aufwertung und der nachhaltigen Planung werden ökonomisch und sozial Benachteiligte aus bestimmten städtischen Räumen ausgeschlossen (Jonas und While 2007: 145; Dooling 2008, 2009), wenn Nachhaltigkeitsdiskurse auf die Prinzipien der unternehmerischen Stadt treffen (Quastel 2009: 702). Dabei würden, so Holm, „die klassenspezifischen Kosten einer ökologischen Nachhaltigkeit“ (Holm 2011a: 46) systematisch ausgeblendet. Denn solange die Orientierung an Nachhaltigkeitszielen sich im Kontext der

„kapitalistischen Logik des Immobilienmarkts“ (ebd.) vollzöge, würden soziale Ungleichheiten in Städten verstärkt.

In diesen Aufwertungs- und Verdrängungsprozessen nehmen *Urban-Gardening*-Projekte eine doppelte Rolle ein: Als Zwischennutzer_innen und Kreative lassen sie sich unter dem Pionier-Begriff fassen und stellen „auf Basis ihres kulturellen Kapitals eine wesentliche Grundlage für Gentrificationprozesse“ (Huber 2011: 174) dar. *Urban Gardening* kann dazu dienen, einen zuvor wenig beachteten Stadtteil oder ein verrufenes Quartier symbolisch aufzuwerten (ebd.). Indem sich die Aktiven Räume aneignen, sie produzieren und nutzen, „steigt die Attraktivität eines Wohnquartiers für stathöhere Gruppen“ (ebd.). Diese symbolische Aufwertung bewirkt aber in letzter Konsequenz häufig eine Verdrängung der Projekte. Denn zum Zeitpunkt ihrer Entstehung verwerten *Urban-Gardening*-Projekte „städtebauliche[n] ‚Restflächen‘“ (Rosol 2011: 101), die anderweitig nicht verwertbar und für Investor_innen uninteressant sind. Diese stehen den Projekten aber nur solange zur Verfügung „wie nicht andere Ansprüche durch kommerzielle Nutzungen bzw. Infrastrukturbauten wie Verkehrsanlagen angemeldet werden“ (ebd.).

2.3.9 Zwischennutzung in der neoliberalisierten Stadt

Urban-Gardening-Projekte sind neben Kunstprojekten, Event-Gastronomie, Stadtstränden oder Clubs typische Beispiele für Zwischennutzungen (Lossau und Winter 2011: 337). Der Begriff steht dabei für die „Nutzung zwischen zwei Hauptnutzungen, um eine zeitlich begrenzte Funktionslosigkeit“ (Rellensmann 2010: 11) von urbanen Orten zu überwinden. Zwischennutzungen sind außerdem gekennzeichnet durch ihre begrenzte Dauer und ihren provisorischen Charakter (Kalberer 2007: 4) – Eigenschaften, die Zwischennutzungen für künstlerische Projekte besonders attraktiv machen.⁵⁴

⁵⁴ Eine detailliertere Definition schlägt Teder vor: „Being a bottom-up initiative that gains formal acceptance (without being included in formal planning documents). Having a clearly defined time frame with a stated beginning and end. Transforming a site into a public space (if not public already). Clearly aiming at exploring and presenting different possibilities for a future use of a site. Consciously building a transitional bridge to the future by opening up for a variety of actors and experimental land uses“ (Teder 2011: o.S.). Neben Zwischennutzungen aus den Bereichen

Zunächst waren Zwischennutzungen nur ein subkulturelles Phänomen, das als illegale Aneignung von Flächen oder Gebäuden bekämpft wurde (Perret und Rutschmann 2011: 3). Doch innerhalb des letzten Jahrzehnts fand es Eingang in die Wissenschaft und vor allem, als Planungsinstrument, in die Stadtentwicklung (Relleinsmann 2010: 5f.) und die Immobilienwirtschaft (Perret und Rutschmann 2011: 3). Die Akteur_innen haben erkannt, „dass Zwischennutzungen, insbesondere jene mit sozialen und kulturellen Qualitäten, eine Aufwertung der Liegenschaften und ganzer Stadtviertel zur Folge haben können“ (Perret und Rutschmann 2011: 3). Mit der Popularität des Topos von der „Stadt als Ort der Kreativität“ (Bommas 2010: 69)⁵⁵ wurde das Innovationspotential kreativer Zwischenutzer_innen für Städte zu einem „Pfund zum Wuchern“ (ebd.: 73). Gerade im Kontext von Deindustrialisierung und demographischem Wandel sind Zwischennutzungen vielversprechend, schließen sie doch die Lücken, die ein marktförmig organisierter Immobilienmarkt entstehen lässt.

Grundsätzlich bieten Zwischennutzungen den Stadtbewohner_innen die Chance, „to more directly translate their ideas into physical structures and thereby generate diverse and dynamic urban spaces“ (Teder 2011: o.S.). Formale Planungsprozesse können aufgebrochen und für mehr Partizipation geöffnet werden. In Zwischennutzungsprojekten gestalten Bürger_innen den Stadtraum aktiv mit und schaffen sich Räume, die ihren Wünschen und Bedürfnissen entsprechen. Die Phase der Zwischennutzung könnte also ein öffentliches Brainstorming über die Zukunft eines urbanen Orts sein – ein Brainstorming mit offenem Ausgang (ebd.). Doch nicht nur die Zwischenutzer_innen selbst sind an dieser Form der Raumnutzung beteiligt: auch Anwohner_innen, Stadtentwickler_innen und Immobilieneigentümer_innen sind Teil des Phänomens.

Kunst und Kultur gibt es auch zahlreiche soziokulturelle Projekte „welche nicht primär unternehmerischen Zielen dienen, sondern der Wohlfahrt von Individuen, Gruppen und Vereinen oder auch allgemein ausgedrückt der Gesellschaft“ (Kalberer 2007: 7). *Urban-Gardening*-Projekte sind je nach ihrer Ausrichtung mehr dem Bereich Kunst und Kultur oder dem der Soziokultur zuzuordnen.

⁵⁵ Die Popularität dieses Topos wurde in jüngerer Zeit maßgeblich beeinflusst durch Richard Floridas *Creative-Class-Ansatz* (2002). Doch die Beschreibung von Stadt „als Ort der Kreativität“ durchzieht fast die gesamte stadtsoziologische Forschungsliteratur“ (Merkel 2012: 699).

Dabei verfügt die verschiedenen Akteur_innen über sehr unterschiedliche Ressourcen, „in economic terms and in their power in the decision-making process“ (Lossau und Winter 2011: 337). Die Zwischennutzer_innen erhalten günstige Mietkonditionen, zum Teil werden ihnen Immobilien auch unentgeltlich überlassen. Doch nicht nur sie profitieren: Auch Stadtverwaltungen und Immobilieneigentümer_innen ziehen Vorteile aus dieser „Vermietung zweiter Klasse“ (Girgert 2013: o.S.): „areas are improved by the voluntary commitment of the users, but mostly without monetary investment by the urban institutions or the owners“ (Lossau und Winter 2011: 339). Die alternativen Nutzer_innen sorgen außerdem dafür, dass die Bausubstanz und somit der Wert von Immobilien erhalten bleibt (Girgert 2013: o.S.). Auch im Bereich Leerstand und Flächenmanagement bieten Zwischennutzungen Chancen für Stadtverwaltungen und Immobilieneigentümer_innen: So können leer stehende Gewerbeflächen, z.B. über sogenannte Zwischennutzungsagenturen, an Nutzer_innen vermittelt werden. Die Leerstandsquote sinkt und das Stadtbild wird belebt, was gut ist für das Stadt- und Standortmarketing und die dahinter liegenden ökonomischen Interessen (ebd.). Die Förderung von Zwischennutzungen durch Politik und Immobilienwirtschaft ist somit eine bewusste Entscheidung, die nicht zuletzt mit jenen Aufwertungseffekten kalkuliert, „die für gewöhnlich in Gang gesetzt werden, wenn Künstler und Kreative sich auf Brachflächen, in einzelnen Immobilien oder Stadtvierteln niederlassen“ (ebd.). Über das Instrument Zwischennutzung wird außerdem versucht, aus Immobilien oder Entwicklungsgebieten eine Marke zu machen (*Branding*), die Aufwertung beschleunigen soll (Bader 2007: o.S.).

Die oben skizzierten Prinzipien der unternehmerischen Stadt und der Neoliberalisierung des Städtischen greifen also auch im Bereich der Zwischennutzungen. Die Frage, ob Zwischennutzer_innen

„dort, wo die Politik die Transformation städtischer Räume immer ungenierter den Gesetzen des Marktes überlässt, zu einer treibenden Kraft der Stadtentwicklung werden“ (Girgert 2013: o.S.)

können, lässt sich deshalb auf unterschiedliche Weise beantworten. Zum einen helfen Zwischennutzer_innen dabei – mehr oder weniger freiwillig – neoliberale Stadtpolitik auszugestalten (ebd.). Obwohl die Zusammenarbeit von Zwischen-

nutzer_innen und Immobilienwirtschaft häufig als *Win-Win*-Situation dargestellt wird (Bader 2007: o.S.), sind die Zwischennutzer_innen eindeutig in einer weniger machtvollen Position: Sobald die Renditeerwartungen für eine vorher ungeliebte Restfläche wieder steigen, erscheint eine Verstetigung der Zwischennutzung nicht mehr opportun. Die Auseinandersetzung um eine mögliche Verstetigung birgt häufig Konfliktpotential, „besonders wenn es einen geeigneten Gebäudebestand gibt und die Raumpioniere bereits eine Szene mit hoher öffentlicher Anziehungskraft ausgebildet haben“ (Spars und Overmeyer 2014: 163).

Um ein Zwischennutzungsprojekt tatsächlich zu verstetigen, sind deshalb sowohl günstige stadtpolitische Umstände erforderlich als auch eine erfolgreiche Kommunikationsstrategie der Aktiven (Perret und Rutschmann 2011: 47). Die Vermarktung des eigenen Projekts spielt für Zwischennutzer_innen deshalb eine entscheidende Rolle (ebd.: 24). Schlüsselakteur_innen, die in besonderem Maß Verantwortung für die Zukunft eines Projekts übernehmen, können dabei ebenso hilfreich sein, wie die Entscheidung für eine bestimmte Organisationsform, zum Beispiel für einen Verein (ebd.: 47).

Doch auch wenn Zwischennutzungen sich nicht etablieren und durch sie „die Gesetze des Marktes nicht außer Kraft“ (Girgert 2013: o.S.) gesetzt werden – was zum Teil auch gar nicht das Ziel der Zwischennutzer_innen ist – haben sie dennoch positive Auswirkungen auf Quartiere und Akteur_innen: „Zwischennutzungen verleihen ihren Standorten neue Identitäten und etablieren an ihnen neue Formen von Nutzungen“ (Perret und Rutschmann 2011: 47). Die dort erprobten Ideen werden möglicherweise an anderen Standorten wieder aufgegriffen (ebd.: 48).

Außerdem produzieren die in Zwischennutzungsprojekten Aktiven Raum nach ihren Bedürfnissen, sie erwerben neue Kenntnisse, vernetzen sich mit anderen und leben ihre Persönlichkeit aus. Die Projekte ermöglichen

„durch ihr Raumangebot für Beteiligte eine beachtliche Entwicklungsmöglichkeit auf der individuellen Ebene wie auch die Möglichkeit zum Engagement auf der gesellschaftlichen Ebene“ (ebd.).

2.3.10 Möglichkeitsräume in der neoliberalisierten Stadt

Der Slogan „Eine andere Welt ist pflanzbar“ (Haidle o.J.) steht exemplarisch für die emanzipatorische Idee hinter *Urban-Gardening*-Projekten. In ihnen wird neu verhandelt über das Verhältnis zwischen Stadt und Ökologie, über Ernährungssouveränität, aber auch über Partizipation und die Gestaltung öffentlicher Räume (Metzger 2014: 245). Doch gleichzeitig sind viele dieser Projekte durch ihre „Kreativästhetik“ (Exner und Schützenberger 2015: 68) anschlussfähig für eine Vereinnahmung durch andere Akteur_innen. Das „Grünzeug für Hipster“ (Blin-da 2013: o.S.) passt in das Denken unternehmerisch handelnder Städte, die ihren Standort als Marke etablieren wollen (Stöber 2007).

Das Phänomen *Urban Gardening* zeigt also anschaulich, was Kemper und Vogelpohl unter „Paradoxien der neoliberalen Stadt“ (Kemper und Vogelpohl 2013: 218) verstehen: „durch ein und denselben Prozess erzeugte, zueinander widersinnig anmutende Sachverhalte, die allgemein akzeptiertes Wissen irritieren“ (ebd.). So können die in *Urban-Gardening*-Projekten Aktiven als Pionier_innen (Dangschat 1988) Aufwertungs- und Gentrifizierungsprozesse beschleunigen. Sie können diese Prozesse aber auch unterlaufen, indem sie Begegnungsorte in der neoliberalen Stadt schaffen, an denen Vernetzung, Austausch und unter Umständen auch Formen von Protest gegen die dominante Stadtpolitik möglich sind. In dieser Widersprüchlichkeit liegt Potential, denn sie wirft die Frage auf „nach den Unsicherheiten, Gegenläufigkeiten und Blockaden“ (Kemper und Vogelpohl 2013: 218) die mit der Neoliberalisierung des Städtischen einhergehen. Gleichzeitig müssen diese Potentiale aber aktiv ausgeschöpft werden, denn gerade die „„weichen“ Strategien“ (Heeg und Rosol 2007: 496f.) der Neoliberalisierung fordern die bisherigen Protestformen heraus (ebd.: 505): Indem sie ursprünglich progressive soziale Begriffe und Konzepte, freiwilliges Engagement und auch Protestbewegungen selbst für ihre Zwecke ‚in Dienst‘ nehmen (Mayer 2013a), verkehren sie diese in ihr Gegenteil.

Daraus, so Heeg und Rosol sollte aber nicht die Verweigerung von Engagement oder die Ablehnung von Verantwortung resultieren. Stattdessen sollten neue Formen der Kritik und neue Formen des Widerstands entstehen (Heeg und Rosol

2007: 506). Denn „[w]arum sollten nur Kapitalismus und Neoliberalisierung in der Lage sein, sich beständig neu zu erfinden und Kritik zu inkorporieren?“, wie Bertram (Bertram 2013: 172) in Bezugnahme auf Crouch (2011) fragt. Gerade dadurch, dass *Urban-Gardening*-Projekte sich bisher als in hohem Maß konsensfähig erwiesen haben (Sondermann 2011), können sie viele Menschen mit ihren Anliegen (vgl. Metzger 2014: 245) erreichen und so „windows of opportunity“ (Tornaghi 2014: 564) darstellen für neue Formen der Aneignung städtischer Räume.

2.4 Zwischenfazit

Mit diesem Überblick über den Forschungsstand haben wir gezeigt, aus welcher Perspektive wir unser empirisches Material analysieren wollen. Wir betrachten Raum, und konkrete *Places*, als vorläufige Ergebnisse konflikthafter Aushandlungsprozesse zwischen Akteur_innen mit unterschiedlichen Interessen und unterschiedlichem Einfluss. Aushandlungsprozesse um urbanen Raum sind heute beeinflusst von vielfältigen, pfadabhängigen Neoliberalisierungsprozessen, die zum Teil – wie durch *Urban-Gardening*-Projekte – Spielräume für städtische Akteur_innen eröffnen, die aber auch neue Exklusionsmechanismen produzieren. Dabei können *Places* auf Quartiersebene eine wichtige Rolle spielen, gerade dadurch, dass diese Ebene in Städten „im neoliberalen Zeitalter“ (Belina et al. 2013b: 125) einen Bedeutungsgewinn erfahren hat. Bevor wir, basierend auf den in diesem Kapitel gewonnenen theoretischen Erkenntnissen, unsere Fallanalyse vornehmen, konkretisieren wir im Folgenden unsere Fragestellung (Kapitel 3).

Urban Gardening und Stadtentwicklung
Neue Orte für konflikthafte Aushandlungsprozesse um
städtischen Raum

Biedermann, A.; Ripperger, A.-L.

2017, XIV, 220 S. 10 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-18697-5